

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Pf.  
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Beitrag 3,97 Pf., einschließlich 80 Pf.  
Beitragungs- und 72 Pf. Beleggebühren.  
Auslandabonnement 6,95 Pf.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Drucklohnposten 4,95 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Wend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Welt und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Dist.-Gef., Depositent., Jerusalemstr. 63-66.

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Komparierung 80 Pf.  
Kleinzeile 3.— Pf. „Kleine An-  
zeigen“ des festgedruckten Wortes 25 Pf.  
(zuzüglich zwei festgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 12 Pf. Nacht 11 Pf. 1/2.  
Stellengeluche des ersten Wortes 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
12 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 66 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Einzelanfragen  
im Hauptgeschäftsbüro, Lindenstr. 3, wochentäg-  
lich von 9 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Wählung nicht geheimer Anzeigen vor!

## Durcheinander um Hindenburg.

### Hitler an Brüning. — Man gründet ein Komitee.

Hitler hat dem Reichspräsidenten ein Schreiben zugehen lassen, das nicht veröffentlicht wird. Außerdem hat er am Dienstagabend folgenden Brief an den Reichkanzler Brüning gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichkanzler!

Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichkanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab. Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichkanzler, mit einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichkanzler, Ihr sehr ergebener  
Wolff Hitler.“

Dieser Brief wurde am Abend um 9 Uhr in der Reichskanzlei dem Reichkanzler durch den Abg. Göring überreicht. Hitler hat Berlin verlassen und ist nach München abgereist.

Gegenüber dem hohfahnen und unhöflichen Schreiben, das Hugenberg an den Reichkanzler gerichtet hat, fällt der Brief Hitlers durch fast übertriebene Höflichkeit auf. Der Unterschied ist so auffallend, daß man geneigt wird, den Gerüchten Glauben zu schenken, nach denen sich der „Dösterreicher“ Hitler bei den Verhandlungen viel weicher gezeigt haben soll als der „Preuße“ Hugenberg. Dieser soll die eigentliche Führung übernommen und, unterstützt von den wilden Männern aus der Hedemannstraße, die Ablehnung auch durch die NSDAP durchgesetzt haben.

Der Reichspräsident hat den Reichkanzler empfangen und ließ sich Bericht erstatten. Er hat den Kanzler, „von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung Abstand zu nehmen“. So wird offiziös gemeldet. Die Bedeutung der Meldung besteht in dem, was nicht in ihr steht. Hindenburg hat den Kanzler nicht gebeten, von einer weiteren Betreibung seiner Wiederaufstellung zur Volkswahl Abstand zu nehmen.

### Die Mitte für Hindenburg.

Auf Veranlassung des Grafen Westarp fand, wie TL. meldet, eine Besprechung von Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks, der Wirtschaftspartei und der Staatspartei statt, die sich eingehend mit der Frage einer Volkswahl Hindenburgs beschäftigte. Die Versammlung kam zu der Ansicht, daß eine Aufstellung eines Ausschusses aus den Mittelparteien nicht zweckmäßig wäre, zumal gerade die parlamentarische Lösung gescheitert sei. Die Versammlung hielt vielmehr die Bildung eines überparteilichen Ausschusses für angebracht. Der in diesem Zusammenhang von Zeitungen für den Vorsitz eines solchen Ausschusses bereits genannte ehemalige Reichswahlminister Gehler stieß auch in diesen Kreisen nicht auf Ablehnung.

Auch die Zentrums Presse setzt sich lebhaft für die Wiederaufstellung Hindenburgs zur Volkswahl ein, so daß es tatsächlich die Regierungsparteien sind, die jetzt die Kandidatur Hindenburg betreiben. Daß sie das nicht ohne Zustimmung des Reichskanzlers tun, versteht sich von selbst.

Nach der „Täglichen Rundschau“ sollen die Nationalsozialisten bereit sein mitzumachen, während sich die Deutschnationalen noch sperren. Das christlichsoziale Blatt meint nicht ohne Humor, es werde nun die Aufgabe des Stahlhelms sein, die Deutschnationalen wieder in die nationale Front hinein-zuzwingen.“

Das JA. der NSD. hat beschlossen, auch diesmal wieder Thälmann zu kandidieren.

Als Wahltermin wird jetzt — natürlich unverbindlich — der 13. März genannt, d. i. der 12. Jahrestag des Rapp-Bußches!

## Krise und Reparationen.

### Ein Memorandum von Sir Henry Strakosch.

Die Londoner Wirtschaftszeitung „Economist“ veröffentlichte gestern ein Memorandum des englischen Finanzfachverständigen Sir Henry Strakosch über die Krise, das in der Welt gerade anlässlich der bevorstehenden Reparationsdebatten die größte Beachtung verdient. Strakosch formuliert seine grundsätzliche Haltung zum Problem der Krisenerfahrungen dahin, daß die Krisenerfahrungen aus dem Austausch von Gütern und Diensten stammen, und daß sie verschärft werden durch eine Unzulänglichkeit in der Versorgung mit Umlaufmitteln und Kredit, welche umgekehrt in einer Welt, deren Geld- und Kreditstruktur auf Gold beruht, ihre Quelle hat in der schlechten Verteilung und in der Unfruchtbarmachung großer Goldmengen in zwei von den hauptsächlichsten Goldzentren der Welt.

Auf Grund dieser Grundauffassung der Krisenerfahrungen untersucht Strakosch die Entwicklung der Goldbewegungen, der Zinsätze, der Preise und ihrer Verhältnisse untereinander für die Jahre von 1925 bis 1931. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß diese Periode in zwei voneinander grundverschiedene Phasen zerfällt. Die erste Periode dauert von Anfang 1925 bis Anfang 1928, die zweite von Anfang 1929 bis heute. In der ersten Phase war die Goldverteilung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und der übrigen Welt auf der anderen Seite normal, im wesentlichen entsprechend der Rate des wachsenden Bedarfs nach monetärem Gold. In dieser Periode gibt es keine heftigen Zinsschwankungen und keine heftigen Preisveränderungen. Gegenüber dieser normalen Entwicklung in der ersten Periode zeigt die zweite Periode alle Kennzeichen heftiger Störungen.

Da die Zweiteilung dieser siebenjährigen Periode keineswegs zusammenfällt mit einer Veränderung in den Zahlungsverpflichtungen für Reparationen und interalliierte Schulden, wird man auch auf Grund der Untersuchung von Strakosch nicht zu dem Ergebnis kommen können, daß die Reparationen die primäre Ursache für das Entstehen der Weltwirtschaftskrise gewesen sind. Das muß gegenüber der Meinung, die kapitalistischen Ursachen der Weltwirtschaftskrise mit dem Hinweis auf die Reparationen zu verschleiern, um so mehr betont werden, als die Untersuchungen von Strakosch mit großer Klarheit und Wirksamkeit zeigen, wie stark der Druck der Reparationen in der Weltwirtschaftskrise zu der außerordentlichen Verschärfung der Krisenerfahrungen beigetragen hat und in welchem Maße das Fortbestehen der Reparationen und der interalliierten Schuldentilgungen die Überwindung der Krise hemmt.

Als Frankreich und die Vereinigten Staaten in der zweiten Periode begannen, so führt Strakosch aus, ihre Goldreserven zu vermehren in einem Maße, das vollkommen außer Verhältnis stand zu der Rate des Zuwachses der Goldreserven der ganzen Welt, ergaben sich Störungen der schwersten Art. Zur Selbstverteidigung wurden die Diskontsätze der anderen Notenbanken scharf heraufgesetzt, ohne Zweifel in der Erwartung, dadurch die unnormale Goldbewegung anzuhalten und schließlich umzukehren. Wenn die Goldbewegung eine normale gewesen wäre, so würde dieser Erfolg ohne Zweifel eingetreten sein, und es wäre ein Gleichgewicht wiederhergestellt worden. Aber die Bewegung war offenbar nicht normal, und sie dauerte an trotz der scharfen Diskontserhöhungen. Der Fall der Warenpreise, den diese scharfen Diskontserhöhungen eingeleitet hatten, schritt in einer zunehmend steilen Kurve fort. Dann wurden verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Preissturz durch Senkung der Diskontsätze aufzuhalten. Aber auch diese waren ohne Erfolg aus dem einfachen Grunde, weil die weitere Abnahme der Goldreserven der übrigen Welt (außer Frankreich und Amerika) fortführen, einen Deflationsdruck auszuüben. Man hat gesagt und besonders Franzosen und Amerikaner werden sicherlich fortfahren zu behaupten, daß die Goldbewegungen zu ihren Ländern eine natürliche und unvermeidliche Folge der aktiven Zahlungsbilanzen der beiden großen Gläubigerländer seien. Aber es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß Goldbewegungen von solcher Dauer und solchem Umfange niemals hervorgerufen worden wären, wenn der Gläubigerstand dieser Länder das Ergebnis von gewöhnlichen Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt gewesen wäre. Strakosch weist darauf hin, daß eine aktive Zahlungsbilanz bei normalen Austauschbeziehungen ihren Ausgleich durch Warenbewegungen und Kapitalbewegungen

## Laval-Manöver gescheitert.

### Die Radikalen lehnen ihn ab.

Paris, 12. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Regierung ist heute Abend zurückgetreten, aber unter ganz anderen Umständen, als Laval erhofft hatte. Durch das nach seiner und Tardieu's Ansicht sehr geschickte Manövrieren: eine Demission der Regierung nur für den Fall, daß die Radikalen bereit sein würden, in ein Konzentrationskabinett einzutreten, hat er schließlich erreicht, daß das Kabinett durch Briand und die Radikalen torpediert wurde und daß er selbst in eine Lage geraten ist, die sein weiteres Verbleiben an der Spitze der Regierung sehr unwahrscheinlich macht.

In der Unterredung Laval-Briand am Vormittag hat Briand sein Rücktrittsangebot aus Gesundheitsgründen aufrechterhalten, aber er hat Laval dem Sinne nach erklärt: „Sie haben am Freitag durch das von mir demissionen annehmende, ohne daß ein offizielles Rücktrittsgesuch von mir vorlag. Sie haben dadurch meinem Rücktritt den Charakter einer Aushoofung gegeben. Ich verlange jetzt, daß das gesamte Kabinett zurücktritt.“ Diesen Bescheid teilte Laval seinen Kollegen mit. Einige andere Minister unterstützten Briand, und Laval hat seine Kollegen, ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen, um es ihm zu ermöglichen, angesichts der ernstlichen außenpolitischen Lage und der bevorstehenden internationalen Konferenzen, die die Einigkeit aller Parteien erforderten, den Versuch zu machen, sämtliche politischen Parteien zur Führung der Staatsgeschäfte heranzuziehen. Dieser Aufforderung widersprachen mehrere Kabinettsmitglieder, darunter der Kolonialminister Renaud, weil sie im stillen befürchteten, in eine neue Regierung nicht wieder aufgenommen zu werden!

Auf Grund der kategorischen Forderung Briands mußten sich die Minister schließlich fügen und unterzeichneten das Demissionsgesuch.

Das darauf von dem Kabinettschef Laval auch Briand zur Unterschrift vorgelegt wurde.

Statt nun die Demission sofort dem Präsidenten der Republik zu überreichen, behielt Laval das Schreiben in der Tasche, in der Hoffnung, daß die Radikalen angesichts der

Erklärung Brüning's in der Reparationsfrage sich doch entschließen würden, einem Konzentrationskabinett beizutreten. Wenn er eine derartige Zusage bekommen haben würde, hätte er dem Präsidenten der Republik bei der Überreichung der Demission mitteilen können, er sei in der Lage, sofort ein Konzentrationskabinett bilden zu können. Die Dinge kamen aber anders. Am Abend hatte Laval mit Herriot im Innenministerium eine einstündige Unterredung, in der er den Radikalen für den Eintritt ins Kabinett mehrere wichtige Portefeuilles versprach, darunter das des Außenministers, das er Herriot anvertrauen wollte. Herriot sagte dem Ministerpräsidenten sofort, die Radikalen seien nicht geneigt, am Schluß der Legislaturperiode in die Regierung einzutreten, doch erteilte er noch keine endgültige Absage, sondern versprach, das Angebot Lavals der Fraktion mitzuteilen.

Die Fraktion der Radikalen aber beschloß nach kurzer Debatte, das Anerbieten zur Beteiligung an der Regierung höflich, aber entschieden abzulehnen.

und den Ministerpräsidenten vor allem darauf aufmerksam zu machen, daß er überhaupt nicht berechtigt, bzw. vom Präsidenten der Republik ermächtigt sei, den Radikalen oder sonst jemandem Angebote zu machen, da das Kabinett offiziell noch gar nicht zurückgetreten sei. Das war die zweite Lektion, die Laval heute erteilt wurde. Kurz nach 8 Uhr abends überbrachte Herriot dem Ministerpräsidenten die Antwort der Radikalen, worauf Laval nichts anderes übrig blieb, als öffentlich bekanntzugeben, daß das Kabinett zurücktrete. Das ist um 10 Uhr abends geschehen. Präsident Doumer nahm die Demission an und beauftragte die Minister bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Ueber die Entwicklung der Krise glaubt man auf der Linken, daß Präsident Doumer gemäß der Tradition Laval mit der Regierungsbildung beauftragen wird, da das jetzige Kabinett nicht durch ein Nichtvertrauensvotum im Parlament gestürzt worden ist. Er dürfte aber Laval den Auftrag erteilen, ein Konzentrationskabinett zustande zu bringen, was dem Ministerpräsidenten angesichts der Haltung der Radikalen wieder nicht gelingen dürfte. Unter diesen Umständen wird sich der Präsident der Republik genötigt sehen, einen anderen zu beauftragen. Die Lösung der Krise dürfte längere Zeit beanspruchen.



# Ein Blick ins Dritte Reich.

## Ueberfüllte Kundgebung des Reichsbanners im Friedrichshain. — Abrechnung mit Fria und Konforten.

findet und er folgert, daß die außergewöhnlichen Goldbewegungen der letzten drei Jahre ohne Zweifel außergewöhnliche Ursachen haben müssen, und daß diese Ursachen erblickt werden müssen in den Reparations- und Kriegsschuldzahlungen, deren praktische Empfänger allein die Vereinigten Staaten und Frankreich gewesen sind. Stratosch gibt die folgende Tabelle für das Verhältnis von Reparations- und Kriegsschuldzahlungen auf der einen Seite und Goldansammlungen auf der anderen Seite in der Gleichgewichts- und in der Störungsperiode:

	Reparations- und Kriegsschulden	Bewegung der Goldvorräte	Zuwachs der Goldvorräte weniger (-) oder mehr (+) als Reparations- und Kriegsschuldzahlungen
in Millionen Dollar			
1. Jan. 1923 bis 31. Dez. 1925			
Frankreich . . . . .	557	+ 544	- 13
Vereinigte Staaten . . . . .	807	- 344	+ 1151
zul. 1364		+ 200	- 1164
1. Jan. 1929 bis 30. Juni 1931			
Frankreich . . . . .	243	+ 958	+ 615
Vereinigte Staaten . . . . .	553	+ 847	+ 292
zul. 898		+ 1805	+ 907

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß in der zweiten Periode, der Krisenzeit, der Goldzuwachs in den Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen ziemlich genau ihrem Zugang aus Reparations- und Kriegsschuldzahlungen entspricht. Wenn die Goldwährung so hätte funktionieren können, wie es ihrer Idee entspricht, so hätte der Zustrom von Gold die wirksame Kaufkraft in den Gold empfangenden Ländern erhöht und ihren Preisstand gehoben. Diese Länder würden dann für andere Länder günstige Märkte zum Verkaufen und ungünstige Märkte zum Kaufen geworden sein. Die Einfuhren nach den Gold empfangenden Ländern wären gefördert und die Ausfuhren gehemmt worden. Wenn diese Bewegungen sich hätten frei vollziehen können, wäre das Ergebnis ein neues Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhren gewesen mit der weiteren Wirkung, den Zustrom von Gold abzustoppen. Aber die beiden Länder wünschten die Entwicklung eines solchen neuen Gleichgewichtes nicht, weil sie ohne Zweifel fürchteten, daß das unerwünschte Rückwirkungen auf ihre heimischen Industrien ausüben würde. Man hinderte deshalb den Zustrom von Gold, seine Wirkungen auf die Preise auszuüben und Zölle und andere Hemmungen wurden der Einfuhr in den Weg gelegt.

So entstand jener Widerspruch zwischen Zahlungsempfang und der Bereitschaft, Waren von den Schuldnerländern entgegenzunehmen, der die unnormale Goldverteilung und damit die Störungen in dem Geld- und Kreditssystem der Schuldnerländer hervorgerufen hat. Im Verfolg dieser Bewegung ist die ganze zivilisierte Welt von den gleichen Schwierigkeiten erfaßt worden, überall ist der Ausfuhrhandel scharf zurückgegangen. Schuldnerländer, welche auf ihren Exportüberschuß angewiesen sind, um ihre Auslandsschulden zu bezahlen, wurden unfähig, dies zu tun. Währungen brachen zusammen, wodurch die Kreditkrise und die Schwierigkeiten des internationalen Handels weiter verschärft wurden. Moratorien wurden zur Lösung des Tages. Aber wenn nicht unmittelbar nach der Erklärung eines Moratoriums Schritte unternommen werden, um dem Schuldner zur Zahlungsfähigkeit zurückzuverhelfen durch Konsolidierung oder andere Maßnahmen, ist ein Moratorium weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu beheben, sondern vielmehr geeignet, sie weiter zu verschärfen.

Aus der interessanten Untersuchung über Krisenverlauf und Krisenursache, aus der hier nur die wichtigsten Punkte hervorgehoben werden konnten, zieht Stratosch die Schlussfolgerung, daß der einzige Ausweg aus dem verhängnisvollen Destinationszirkel, der aus der unnormalen Goldbewegung folgt, die Beseitigung ihrer Ursache, die Streichung der Reparationen und Kriegsschulden sei. Es ist eine traurige Ueberlegung, so führt er aus, daß in der Sorge, 400 Millionen Dollar jährlich für Reparationen und Kriegsschulden hereinzubringen, ein Schaden angerichtet wird, der für die Welt zehn- bis zwanzigmal so hoch wie dieser Zahlungsbetrag zu veranschlagen sei. Man dürfe aber nicht annehmen, daß der Welt mit einer einfachen Stundung der Reparationen und Kriegsschulden geholfen werden könne. Um das nötige Vertrauen wieder herzustellen, sei es notwendig, daß kein Zweifel darüber bestünde, daß auch in Zukunft die verhängnisvollen Störungen sich nicht wiederholen würden.

Die wissenschaftlich fundierte Begründung von Sir Henry Stratosch für die alte von der Internationale der Arbeiterbewegung seit Jahren vertretene Forderung nach Streichung der Reparationen und Kriegsschulden verdient die volle Aufmerksamkeit der Politiker, die in den nächsten Wochen über das Schicksal der Welt zu entscheiden haben. Daß auch nach der Auffassung von Stratosch der innige Zusammenhang zwischen Reparationen und interkontinentalen Kriegsschulden nicht wegzuleugnen ist, macht allerdings die politische Lösung in der Praxis bei der heute noch herrschenden Einstellung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika immer noch viel schwieriger, als es zunächst nach der rein wirtschaftlichen Klarlegung der Beziehungen erscheinen mag. So wenig wir uns über das Bestehen der politischen Schwierigkeiten einer Illusion hingeben wollen, so nachdrücklich muß auf der anderen Seite an die Machthaber der Welt appelliert werden, dem Rufe der Vernunft gegenüber, wie er auch in diesem neuen Dokument zum Ausdruck kommt, nicht länger taub zu bleiben.

### Hauptverfahren im Schultheiß-Standal

Die zweite Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat gestern gegen die Mitglieder des ehemaligen Generaldirektoriums der Schultheiß-Papierfabrik A.-G., Rahenellenbogen, Penzlin, Dr. Sobenheilm, Kuhlman und Junke, das Hauptverfahren gemäß dem Antrag der Anklage eröffnet. Die Anklage legt sämtlichen Angeklagten Bilanzverschleierung, Vorenthalten und Rahenellenbogen auch Falschbuchführung und dem letzteren ferner handelsrechtliche Untreue zur Last. Die Untersuchungsakten gegen Rahenellenbogen dauern aus den bisherigen Gründen fort.

Die Reihe der großen Veranstaltungen, mit denen das Berliner Reichsbanner die republikanischen Massen zum Kampf gegen den Faschismus mobilisiert, wurde gestern durch eine wuchtige Massenversammlung fortgesetzt. 5000 Männer und Frauen füllten dicht gedrängt den Saalbau Friedrichshain und hörten aus dem Munde führender Republikaner aus Bändern mit Nationalsozialisten die Wahrheit über die nationalsozialistische Terrorherrschaft.

Der riesige Saal, der mit schwarzrotgoldenen Fahnen reich geschmückt war, wurde bereits um 8 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Hunderte bekamen so keinen Einlaß mehr. Die Kundgebung wurde zu einer Abrechnung mit den Volksbetrüggern.

Die Redner aus Thüringen, Braunschweig und Kiel wurden herzlich begrüßt. Ein Wille beherrschte die Massenversammlung, der Wille, sich nicht kampflos faschistischen Gorden anzuliefern, sondern mit aller Kraft bis zum Letzten das Vermächtnis der Vorkämpfer, die politische Freiheit in Deutschland, zu verteidigen. Die Millionen republikanischer Männer, denen im Kriege die Augen um die Ehren piffen, werden es nicht dulden, daß ein Charlatan dem deutschen Volke Sklavensitten anlegt. Die Dämme der Republik werden stärker sein als die nationalsozialistische Schlaumflut.

Die imposante Kundgebung, die der Leiter des Kreisdes Ostern, Max Wölkel, führte, wurde durch Musikvorträge der Tambourkorps des Kreisdes Ostern und des Musikkorps Friedrichshain eingeleitet und abgeschlossen.

In einer einleitenden Ansprache geißelte Wiegner vom Gauvorstand Berlin das Verhalten der „Börsenzeitung“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nach der letzten Reichsbannerkundgebung. Sodann nahm der

#### Thüringer Gauführer Seide - Weimar

das Wort. Er stellte die Worte und Taten der Nationalsozialisten vor und während der Regierungszeit Fria gegenüber: Die Wintergehälter, die abgebaut werden sollten, wurden erhöht; Fria ist der einzige thüringische Minister, der Pension erhält. Das Verprechen, keine Steuern, die die Massen belasten, einzuführen, ist durch die Regiersteuer, die Mietzins-erhöhung und die Gewerbesteuer erfüllt worden. Versprochene 200.000 Mark für Rotleidende sind durch eine Bundespende ersetzt worden, die 100.000 Mark brachte und bei der in Steinaach bei 1180 nationalsozialistischen Stimmen ganze 288 Mark eingezahlt wurden. Dafür stand das Reichsbanner unter stärkstem nationalsozialistischem Terror. Die Treue der Beamten zum Staat wurde durch Entlassung gelohnt.

#### Zustreckerpewissenschaft und Parteibuchbeamtenkalm

das man so sehr beschimpft hatte, machten sich bereit. Wir konnten keine Versammlungen abhalten, während die Versammlungen der Nationalsozialisten durch Polizei geschützt wurden. Fria kam es sogar nicht darauf an, die Abrüstungsbestimmungen des Versailles Vertrages gegen das Reichsbanner auszuspielen. Kinder sollten gezwungen werden, in Gebeten ihre Eltern als Bundesverräter anzuklagen und ihre Bestrafung zu fordern. Der schuldenfreie Etat, den die republikanische Regierung dem Ordnungsbuch übergeben, besteht nicht mehr. Thüringen hat 129 Millionen Mark Schulden. Die Ausgaben auf sozialen und kulturellem Gebiet sind aber gestiegen. (Wulfsruf.) Unser Kampf hat unter schwierigsten Verhältnissen durchgeföhrt werden müssen. Aber wir lassen uns das heilige Vermächtnis der Freiheit, für das unsere Väter gekämpft haben, nicht entreißen. Im Gedächtnis an die

#### 60 Kameraden, die in den letzten zwei Jahren durch Mord niedergestreckt

wurden, geloben wir Treue der Eisernen Front, und unser Mahnruf wendet sich vor allen Dingen an die Jugend. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

#### Als zweiter Redner berichtete

#### Lehnd-Braunschweig

über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nazis in seiner engeren Heimat. „Seit 14 Jahren stehen wir in einem unerhörten Kampf. Unterstützt von Industrie und Handel, wendet der Nationalsozialismus seinen ganzen Haß gegen uns. Hat es doch der junge Nationalsozialist Madel, der zweimal wegen schweren Ein-

bruchsdiebstahls verurteilt ist und dennoch einige Wochen lang Landtagsabgeordneter der Nazis war, gewagt, selbst unseren alten Freund Caspar mit tödlichem Angriff zu bedrohen. Der braunschweigische Polizeiminister Klages ist als Lehrer aus dem preussischen Staatsdienst frist- und pensionslos entlassen, weil er die Republik, ihre Farben und ihre Vertreter auf das gemeinste beschimpft hatte. Auf dieselbe Verfassung leistete er jetzt den Eid! Schon unter Franzen stand das Reichsbanner unter schwersten Nachstellungen durch die Regierung. Demmer wieder sind im Lande Braunschweig unsere Kameraden überfallen und niedergeschlagen worden, in Rautheim drangen 20 SA-Leute in ein harmloses Tanzergnügen und schlugen eine alte Frau mit einer Flasche nieder. In einem anderen Ort schlugen die Hitler-Leute einen Republikaner dreimal hintereinander nieder, um ihn dann in einen tiefen Bach zu stoßen, aus dem er von vorbeigehenden Zigeunern gerettet wurde. In Blankenburg sind

#### auf Anordnung eines mit Zuchthaus vorbehafteten SA-Führers

die Jungens und Mädels der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend überfallen worden. Wie furchtbar die Nationalsozialisten beim Reichstreffen vom 18. Oktober gehaßt haben, bei dem zwei Arbeiter den Tod erlitten, ist noch in aller Erinnerung. Damals sagte so mancher Kommunist, daß es von der Sozialdemokratie richtig gewesen sei, wenige Tage zuvor die Regierung Brüning im Reichstag nicht zu stützen, weil sonst der Marsch auf Berlin vorgenommen worden wäre. (Sehr richtig!) Damals hatten die SA-Leute ihre Dolchmesser in den Feldmänteln verborgen, damit stachen sie auf ihre Gegner ein. (Zurufe: Was sagt Groener dazu?) Der Berliner Marsch vom 13. hat besonders wild gehaßt, Männer, Frauen und Kinder niedergeschlagen und Kinderwagen umgeworfen. (Neue Zurufe: Was sagt Groener?) Die Beamtenchaft ist von Republikanern völlig gefäubert. Als letzte Heldentat hat Klages die Verwendung von „Im Westen nichts Neues“ in den Schulen verboten.

Wir Reichsbannerkameraden werden mit unseren Frauen in unseren Wohnungen Besuche veranstalten, um der Jugend geeignete Literatur zuzuführen. (Stürmischer Beifall.) Wir stehen treu zur Eisernen Front. Hinein, Jugend, auch du ins Reichsbanner! Nimm dir ein Beispiel an den erwerbslosen Kameraden, die oft mit hungrigen Mägen ihre Pflicht tun. Auf zum Kampf! (Stürmischer Beifall.)

#### Hansen-Kiel

schützte den nationalsozialistischen Terror in Eutin. In dieser kleinen Stadt werden die Frauen der Reichsbannerleute angepöckelt, angepöckelt und niedergeschlagen. Der Rajifführer, Rechtsanwalt Böhmker, stellt in öffentlicher Versammlung das Verlangen an die Arbeitgeber, Reichsbannerkameraden und Sozialdemokraten zu entlassen. Der Terror ist ungeheuerlich; aber das Ziel, unsere Organisation zu zerstören, ist nicht erreicht worden. Mit verdoppelter Energie sind wir an die Arbeit gegangen.

Möge diese in der Provinz besonders schwere Arbeit gebührend anerkannt werden. In der Kleinstadt und auf dem Lande ist es schwieriger, zu seiner Bestimmung zu stehen als in der Großstadt. (Anhaltende Zustimmung.) So manchen von uns föhlt es zudem schwer, auch nur das nötige Notgeld anzukommen. Trotz allem Terrorsagen auch wir, daß wir keinen Bürgerkrieg wollen, weil wir wissen, daß bei den Gegnern nicht die Führer, sondern die verhassten Proletarier auf dem Schlachtfeld bleiben. Aber wir dulden nicht, daß Reichsbannerleute vogelfrei sind, und wir treten für unsere Kameraden ein. (Stürmischer Beifall.)

Den würdigen Abschluß der gewaltigen Kundgebung bildete ein prächtig vorgetragener Sprechchor des Jungbanners Ostern, der mit der Mahnung schloß: Eisernes Front bis zum letzten Mann! und das Gelöbde enthielt: Das Volk, nicht Hitler an die Macht!

#### Auch das Bürgertum erwacht.

Die Aktivität, die sich in den letzten Wochen an der republikanischen Front in zunehmendem Maße entwickelt, hat jetzt auch die Reihen des Bürgerturns ergriffen. Hier sind es vor allem jene Kreise des Mittelstandes, die infolge der Unfähigkeit der Mittelparteien schon die Hoffnung auf eine Verwirklichung ihrer politischen Ideen aufgegeben hatten, aus denen jetzt neue Kräfte der Sozialisierung und des politischen Lebenswillens entstehen. Die republikanische Aktion, die in diesen Tagen vor die Öffentlichkeit tritt und die am Montag, dem 18. Januar, 20 Uhr im Sportpalast ihre erste Kundgebung veranstaltet, ist Träger dieser neuen Bewegung, die den Sinn haben soll, neben die eisernen Arbeiterfront die eisernen Bürgerfront zu stellen. Als Redner sind für die Veranstaltung, soweit bisher bekannt ist, u. a. Major a. D. Hauff und Regierungspräsident Dr. Friedensburg vorgesehen, während mit anderen Rednern noch verhandelt wird.

### Abwehr des Terrors.

#### Republiktreue Beamte gegen die Republikfeinde.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich in seiner Sitzung vom 12. Januar, an der der Führer des Reichsbanners, Hösternann, und im Namen des Parteivorstandes Genosse Stellung teilnahmen, aufs neue mit der Frage der Bekämpfung nationalsozialistischer Veräugung erheblicher Teile der Beamenschaft befaßt.

Einmütig wurde eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:

„Wenn auch die maßgeblichen amtlichen Stellen Preußens in Ausführung des mit der Verordnung vom 4. Juli 1930 erlassenen Verbots der Betätigung für verfassungswidrliche Parteien disziplinarisch verfolgt haben, so wird leider im Reich und in einigen Ländern ein energisches grundgesetzliches Durchgreifen gegen die Feinde der Republik in der Beamenschaft vermißt. Fraglos ist diese Zurückhaltung in hohem Grade mischuldig (sowohl an der fortschreitenden faschistischen Durchsetzung des Beamtenkörpers als auch an der Benachteiligung der republiktreuen Beamten im Dienst, die sich vielfach sogar in Terrorakten auswirken.“

Der Bundesausschuß des ADBB. vertritt die Auffassung, daß dieser Zustand weder für die Allgemeinheit noch für die republikanisch eingestellten Beamten länger tragbar ist. Er ersucht daher Reichs- und Länderregierungen, auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und amtlichen Verordnungen unverzüglich dafür zu sorgen, daß dem Geiste der von allen Beamten beschworenen

republikanischen Verfassung Rechnung getragen wird. Gleichzeitig stellt der Bundesausschuß fest, daß es Aufgabe der organisierten Beamenschaft ist, sich mit allen Kräfte an dem Abwehrkampf zu beteiligen. Er richtet daher an alle republiktreuen Beamten den Appell, auf dem Wege solidarischer Selbsthilfe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem nationalsozialistischen Terror entgegenzutreten. Der Bundesausschuß vertraut darauf, daß sowohl die hinter der Weimarer Verfassung stehenden Parteien und das Reichsbanner, als auch die in der Einheitsfront zusammengeschlossenen Gewerkschaften den hier vertretenen Bestrebungen der Beamenschaft ihre wärmste Unterstützung zuteil werden lassen.“

Der Bundesausschuß beschloß ferner die Einrichtung einer Terrorabwehrstelle, die in Verbindung mit der Terrorabwehrstelle des Parteivorstandes und dem Reichsbanner dem nationalsozialistischen Terror in der Beamenschaft ein Ende machen soll.

Wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden am Dienstag vor dem Erweiterten Schöffengericht in Bregenz sieben kommunistische Arbeiter aus Buzlau zu Gefängnisstrafen von drei bis sieben Monaten verurteilt. Die Angeklagten waren am Abend des 15. Mai 1931 in Buzlau mit Nazis zusammengestoßen und hatten später das Naziverkehrsfoto Blücher gestürzt, um einen pervertierten in den Händen der Nazis befindlichen Parteifreund zu betreten. Bei diesem Angriff blieben auch Weine, Biergläser usw. als Waffen. Ein Teil der Lokaleinrichtung wurde zertrümmert. Etwa zwölf Nazis wurden durch Messerstiche mehr oder weniger schwer verletzt.



# Hitler schlimmer als Borsig.

## Die Sozialpolitik im Dritten Reich.

Der „Freie Angestellte“, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, veröffentlicht in seiner nächsten am 16. Januar erscheinenden Nummer einen Brief eines Herrn Walter Bergner, Mitglied des Bezirkswirtschaftsrats Hessen der RSDAP, der durch das Borchheimer Blutprogramm zu einer eigentümlichen Berühmtheit gelangt ist. Bergner ist auch Geschäftsführer des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Er erfuhr in seiner Eigenschaft als wirtschaftspolitischer „Gaufachberater“ der Hitler-Partei einiges über die sozialpolitischen Pläne, die durchgeführt werden sollen, falls das Dritte Reich tatsächlich Wahrheit werden sollte. Die Absichten seiner Partei haben ihn so tief erschüttert, daß er in einem Brief, der vom 8. Juli 1931 stammt und an ein damals prominentes Mitglied der Hitler-Partei gerichtet war, seinem Herzen Luft machte. Er schreibt:

„Ich muß Ihnen allerdings offen gestehen, daß ich von den vorgelegten Ansichten ziemlich entsetzt war. Ich weiß nicht, ob Sie das sozialpolitische Programm der Deutschen Nationalen Volkspartei kennen. Wenn ja, werden Sie sicher bei einem Vergleich festgestellt haben, daß das, was Dr. Wagner in seinem Wirtschaftsmanifest plant, Geist vom Geiste der Deutschen Nationalen Volkspartei ist, daß zwischen beiden Wirtschaftsprogrammen kein wesentlicher Unterschied besteht.“

„Ich kann mich recht gut erinnern, daß wir immer und immer darauf hinwiesen, daß der Arbeiter und der Angestellte endlich sein Recht und seinen Anteil an den allgemeinen Produktionsgütern erhalten sollte. Nun dürfte es allgemein bekannt sein, daß der Arbeitnehmer allein unbedingt schwächer ist als der Arbeitgeber, daß er sich gegen die Willkür des meist liberalen Arbeitgebers nur wehren kann, wenn er sich zusammenschließt.“

„Das bekennet selbst Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ und sagt, solange Arbeitgeberverbände vorhanden sind, erst recht Gewerkschaften vorhanden sein müßten. Darüber wollen wir uns doch klar sein, daß Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Dritten Reich nicht ohne weiteres verschwinden werden, trotz Verbot von Aussperrung und Streik.“

„Und was beabsichtigen die Nazis nach dem Verbot von Lohnkämpfen an die Stelle der Sozialversicherung zu setzen? Hören wir weiter Herrn Walter Bergner, der es wissen muß:

„Besonders schmerzhaft berührte mich die Stellungnahme der Reichsleitung zu der Sozialversicherung... durch eine Ablösung der heutigen Sozialversicherung durch ein Zwangsparasystem schüttet man das Kind mit dem Bade aus. Auch hier treffen wir uns, d. h. Dr. Wagner und sein Kreis, mit den Ansichten der Deutschen Nationalen Volkspartei.“

Bergner stellt dann fest, daß dieses Programm identisch ist mit den Forderungen des bekannten reaktionären Professors Horneffer, das — von den schwerindustriellen Scharfmachern abgesehen — allgemein abgelehnt wurde. Also die angeblich sozialistische Hitler-Partei hat in den Fragen der Sozialpolitik das Programm, das in Deutschland nur die reaktionärsten Scharfmacher erfinden, das nicht einmal die Vereinigung der heutigen Arbeitgeberverbände des Herrn von Borsig vertritt. Und nun begreift man auch, warum diese Scharfmacher die angeblich „sozialistische Arbeiterpartei“ Hitlers finanzieren.

## Helldorf-Auto als Feldherrnhügel.

### Der Führer des Krawalls beobachtet.

Im Helldorf-Prozess waren gestern fünfliche Angeklagte zur Stelle. Die Verhandlung konnte also ohne Verzögerung beginnen.

Neben mehreren Polizeibeamten und einigen Kurfürstendamm-Besiegten kam der Neffe des ermordeten Walter Rathenau, der Student Rathenau, als Zeuge zu Wort. Rathenau war in seinem Auto von Halensee gekommen, hatte es, um sich besser die Demonstration ansehen zu können, in der Fasanenstraße abgestellt. Er war gerade im Begriff, von der Fasanenstraße in den Kurfürstendamm einzubiegen, als das rote Lampenzeichen dem Verkehr halt gebot. In das Auto, in dem Graf Helldorf saß, traten zwei Männer heran, die ebenso gekleidet waren wie die Demonstranten. Der eine setzte seinen Fuß auf das Trittbrett des Autos; entweder machte er den Insassen eine Mitteilung oder er erhielt Anweisungen. Als der Verkehr sich wieder in Bewegung setzte, gingen die beiden Männer in der Richtung zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und machten den Demonstranten irgendwelche Zeichen. Die einseitigen Aussagen dieses äußerst sicheren Zeugen verfehlten schon in der ersten Verhandlung ihren Eindruck nicht. Sie haben seitdem an ihrer Sicherheit und Eindeutigkeit nichts eingebüßt. R.-K. Dr. Soef, der wohl speziell wegen dieses für Helldorf und die Mitinsassen seines Autos so gefährlichen Zeugen gestern auf der Verteidigerbank erschienen war, versuchte die Aussage des Zeugen zu erschüttern. Vergeblich! Sie verlor nichts an ihrer Bedeutung und Wirkung.

Es ist noch eine große Anzahl Zeugen zu vernahmen. Man hofft jedoch, am 21. Januar die Beweisaufnahme abschließen zu können.

## Entwaffnung der Republikaner.

### Die Heimwehr bleibt unbehellig.

Wien, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die Polizei hat am Dienstag wiederum mit einem großen Aufgebot von Mannschaften im Ottakringer Arbeiterheim nach Waffen hausdurchsucht und in einem vermauerten Bestick 750 Gewehre und sechs Maschinengewehre sowie Munition und Handgranaten beschlagnahmt.

Der Vorstand der Wiener Sozialdemokratie protestiert in einem Aufruf dagegen, daß die der Polizei bekannten Waffenslager der Heimwehr nicht ausgehoben werden, obwohl Starbemberg jeden Tag einen Rucksack antündigt, während die Waffen, die zur Verteilung der Republik bestimmt sind, beschlagnahmt werden.

Die Kunde von der Beschlagnahme verbreitete sich in dem Arbeiterbezirk Ottakring mit Blieseschnelle. Vor dem Arbeiterheim, das von einem Polizeikommando abgesperrt war, sammelten sich im Laufe des Abends viele Arbeiter an, zumeist Kommunisten, die die Aktion der Polizei mit Zurufen begleiteten. An einzelnen Stellen kam es zu Zwischenfällen, wobei auch einige Verhaftungen vorgenommen wurden.

**Gewissenhaftigkeit.** Am Tage der ersten Besprechung Brüning-Hitler erschien diese Nachricht in einer 2. und 3. Ausgabe unseres Abendblattes. Die „rote Fahne“ und ihr nachbetend „Die Welt am Abend“ behaupteten tagelang unnerstehen, wir hätten diese Nachricht — irrtümlich. Am Dienstag teilt sie mit, was die Reichsbannerführer am morgigen Sonntag herorten werden. Ja, aus dem Münzberg wird das pure Gold höchster Gewissenhaftigkeit gefördert.

# Die neuen Gralsritter.



# Bomben-Heim bleibt in Haft.

## Trotz der Einheitsfront Hugenberg-Thälmann!

Der Rechtsausschuß des Landtages befaßte sich am Dienstag mit einem kommunistischen Antrag, wonach der Landtag das Staatsministerium beauftragen sollte, den Bauernführer Claus Heim sofort in Freiheit zu setzen.

Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß Heim zu sieben Jahren Zuchthaus wegen der im Zusammenhang mit der Bauernbewegung in Schleswig-Holstein verübten Bombendelikte verurteilt worden sei. Nach einem Handgranatenattentat habe man im ganzen sieben Bombenattentate unternommen, nämlich auf das Landratsamt Hehe und Niebüll, auf das Finanzamt in Oldenburg, auf das Haus des Rechtsanwalts Strauß in Lüneburg und des Regierungspräsidenten Grimm in Schleswig, auf eine Krankenkasse und das Regierungspräsidium in Lüneburg. In einzelnen Fällen seien erhebliche Sachschäden eingetreten, Menschen seien aber nicht zu Schaden gekommen. Heim hatte die Fäden in der Hand. Er sei allerdings persönlich nicht zugegen gewesen, auch habe er von einem Anschlag auf das Finanzamt in Oldenburg nichts gewußt. Auf Grund der Sprengstoffbestimmungen sei die Zurückhaltung zu sieben Jahren Zuchthaus erfolgt. Seine Strafe laufe am 24. September 1933 ab. Er habe jetzt rund sieben Monate der Zuchthausstrafe verbüßt; dazu kämen etwa zwei Jahre Untersuchungshaft.

In der Aussprache sprach sich Abg. v. Wöngenheim (Dt. Fraktion) gegen den kommunistischen Antrag aus. Man dürfe gerade diese Angelegenheit nicht zu einer Parteifach machen. Dem Minister müsse es überlassen bleiben, nach Ablauf einer gewissen Zeit von sich aus eine Entscheidung zu treffen. — Frau Abg. Rehlis (DnL) empfahl die Annahme des Antrages. — Abg. Gehrmann (Soz.) betonte, Angriffe auf Leib und Leben von Volksgenossen müssen gesühnt werden. Das erste Handgranatenattentat sei gegen Landwirte verübt worden, die sich den agitatorischen Wünschen Heims nicht hätten anschließen wollen. Man habe auch Schädigungen gänzlich unbedeutender in Kauf genommen, wie es sich besonders bei den Attentaten gegen das Haus des Rechtsanwalts Strauß und des Regierungspräsidenten in Lüneburg ergebe. — Abg. Heistermann (Wirtschaftsp.) lehnte gleichfalls den

Antrag ab. Bis weit in die Rechtskreise hinein seien diese Straftaten abgelehnt worden, weil man eine Agrarpolitik nicht mit Sprengstoff betreiben solle.

Schließlich wurde der Schlußantrag für den Bombenbauern abgelehnt. Für ihn stimmten nur die Kommunisten und die — Deutschen Nationalen!

## Ein neuer Bomben-Prozess.

### Der Konstrukteur der Bomben unter Anklage.

Vor dem Schwurgericht in Altona beginnt am 19. Januar ein neuer Bombenattentatsprozess, und zwar gegen den Hersteller der Bomben, die im Sommer 1929 in Schleswig-Holstein in den Altonaiern benutzt wurden, den Elektrotechniker Alfred Kap-hengst. Er war, als die Bombenattentäter seinerzeit verhaftet wurden, nach der Ermordung gestrichelt und lebte hier unter dem Pseudonym eines Schriftstellers Deiner bei einem Freund in Lugana, wo er dann von dem Berliner Kriminalkommissar Mühl-jelabel verhaftet wurde.

Die Erledigung des von Deutschland gestellten Auslieferungsauftrags verzögerte sich damals, weil der Verteidiger der Auslieferung mit dem Hinweis widersprach, daß es sich um ein politisches Delikt handle. Die Bundesregierung in Bern verfügte dann aber doch schließlich die Auslieferung.

Nach der Anklage soll Kap-hengst, bei dessen Bombenkonstruktion Ammonit durch einen Zeitzünder zur Explosion gebracht wurde, nicht nur die Bomben angefertigt und sie den Tätern ausgehändigt haben, er soll vielmehr auch selbst bei dem Anschlag auf das Landratsamt in Niebüll in Schleswig-Holstein beteiligt gewesen sein.

Dagegen hat man die Anschuldigung, daß er auch an dem Attentat auf den Reichstag teilgenommen habe, fallen gelassen.

Zu der Verhandlung ist eine große Reihe von Zeugen und Sachverständigen geladen, u. a. auch Rechtsanwalt Dr. Strauß aus Lüneburg, dessen Haus bekanntlich seinerzeit durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt wurde.

## Beginn der Kammertagung.

### Gedenken für Maginot. — Dank an Briand.

Paris, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die ordentliche Parlamentsession des laufenden Jahres wurde am Dienstagmorgen in der Kammer und dem Senat eröffnet. Die Kammer war in welchem Umfang von starken Polizeikräften abgesperrt, weil die Kommunisten Arbeitslosenmanifestationen angekündigt hatten. In kleinen Trupps suchten sich die Kommunisten der Kammer zu nähern. Da den Aufforderungen der Polizeibeamten, sich nicht zusammenzusetzen, nicht Folge geleistet wurde, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Bis 6 Uhr abends betrug die Zahl der Verhafteten über 3000.

In der Kammer wurde die Sitzung von dem 84-jährigen Abgeordneten Thomlen (Radikale Linke) eröffnet, der zunächst einen kurzen Nachruf auf Maginot verlas, dem sich der Ministerpräsident im Namen der Regierung anschloß. Die Sitzung wurde dann zum Zeichen der Trauer für kurze Zeit unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung hielt Thomlen die Eröffnungsrede, in der u. a. ausführte:

„Der große Friedensfreund Briand, in dessen Bemühungen mehrere fremde Nationen die höchste Garantie für die allgemeine Beruhigung der Welt erblickten, hat, da er noch nicht völlig wiederhergestellt ist, die Ansicht ausgesprochen, daß es für ihn schwer sein werde, sich nach Lausanne zu begeben und er hat daher sein Vortragsstück dem Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt. Mit lebhafter Beunruhigung würden wir die Unterbrechung eines Kurles sehen, mit dessen Erlaß so viele Hoffnungen verbunden sind. Unsere Außenpolitik verfolgt ihren Marsch auf dem Wege, den sie sich in Locarno vorgezeichnet hat, und der seitdem durch die Parlamentsbeschlüsse in vollem Einklang mit der Volksmeinung gebilligt worden ist. Unter der Autorität Briands hat diese Politik im Jahre 1929 zur Unterzeichnung des Kellogg-Pakties und im Jahre 1930 zur Schaffung der europäischen Studienkommission geführt. Im vorigen Jahre hat das Parlament auch die Ehre gehabt, die feierliche Zustimmung Frankreichs zu der Schiedsgerichtsklausel auszusprechen. So hat auf diese Weise kraftvoll zur Weiterentwicklung der internationalen Solidarität beigetragen.“

So arbeitet Frankreich, indem es sich mit allen Mitteln um die Organisation eines soliden und dauerhaften Friedens bemüht, an der Einigung der Völker und ihrer verticawerksamen Zusammenarbeit. Marchieren wir weiter auf diesem Weg, den die Welt immer auf das Vaterland, auf die Republik und auf die Politik des Friedens und der internationalen Solidarität gerichtet.“ (Großer Beifall.)

Im Anschluß daran wurde zur Neuwahl des Kammerpräsidenten geschritten. Der bisherige sozialistische Kammerpräsident Bouillon, der keinen offiziellen Gegenkandidaten hatte, wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Im Senat gedachte Alterspräsident Jénoaurier des Kriegsministers Maginot und hielt dann die Eröffnungsrede, in der er gleichfalls auf die Bemühungen Frankreichs um die Sicherung des Friedens hinwies.

## Knallfrösche gegen Ludendorff.

### Hitler-Gardisten mit Stinkbomben und Kanonenschlägen.

Hildesheim, 12. Januar.

Der Lannenberg-Bund Ludendorffs veranstaltete in der Stadthalle eine öffentliche Verammlung. Bereits als der Redner begann, zeigten Zwischenrufe ein und der Verammlungsleiter ließ deshalb durch die Polizei mehrere Besucher aus dem Saal entfernen. Inzwischen aber wurden Stinkbomben in den Saal geworfen und Riespulver gestreut. Als endlich ein Kanonenschlag zur Explosion gebracht wurde, sah sich die Polizei gezwungen, die Verammlung aufzulösen und den Saal zu räumen. Bei der Festnahme einiger Personen entstand vor dem Eingang des Saales ein Gedränge. Mehrere Personen wollten die Festnahme verhindern und mußten mit dem Gummischnüppel zur Ordnung gebracht werden. Auch auf der Straße kam es zu Auseinandersetzungen. Bildplakate des Lannenberg-Bundes an den städtischen Anschlaghäusen mit der Unterschrift: „Arbeiter-schicksal im Dritten Reich“, auf denen ein mit schwerer Eisenkette um den Hals an einen Pfahl gefesselter Mensch dargestellt war, wurden schon vor Beginn der Verammlung zerlegt und mit brauner Farbe übermalt.







## Immer noch nicht Pfennigrechnung!

### Das unteilbare 5-Pfennig-Stück. — Eine Klippe für den Preisabbau.

Entscheidende Teile des Berliner Kleinhandels kennen dem Kunden gegenüber noch immer nicht die Pfennigrechnung.

Was beim Bäcker, Milchhändler und Kaufmann möglich war, muß auch beim Fleischer, Gemüsehändler und, nicht zu vergessen, beim Gastwirt durchgeführt werden. Es ist noch nicht allzu lange her, da kannten auch die Bäcker keine Pfennige. Sie rechneten nur mit Sechsern oder Groschen. Heute ist ein Einkauf im Bäckereibetrieb ohne Pfennigrechnung kaum noch denkbar. Den entscheidenden Anstoß hierzu gab seinerzeit der neue Schrippenpreis von 3 Pfennig. Ebenso ist es beim Kolonialwarenhändler. Wie bezahlen für ein Pfund Zucker 38 Pfennig, für ein Pfund Mehl 26 und für zwei Pfund Salz 12 Pfennig. Macht zusammen 76 Pfennig. Anders ist es gar nicht mehr denkbar. Seit dem vorigen Jahr haben auch die Heringshändler begonnen, mit Pfennigen zu rechnen. Früher kosteten die Salzheringe 10 oder 15 Pfennig. Heute vermag man genau zu fassen: 8, 10, 12, 15 Pfennige kostet ein Hering.

Seitdem ist in anderen Branchen davon nichts zu merken. Je mehr die Jahreszeit vorrückt, desto teurer werden die Kartoffeln. Nun, das sind Konjunkturercheinungen, die durch Zeitungsartikel nicht aus der Welt disputiert werden können. Kartoffeln haben jedoch die Angewohnheit, in geradezu wilden Sprüngen im Preise zu steigen. Nehmen wir an, im Großhandel steigt der Kartoffelpreis um 20 Pfennige. Das macht pro Pfund 20 Pfennig, bei 10 Pfund Kartoffeln 3 Pfennig. Merkwürdigerweise vergrößert sich aber solche Preissteigerungen um Pfennige im Kleinhandel dann zu Sechsern und Groschen. Wenn 10 Pfund Industrie-Kartoffeln jetzt 40 Pfennig kosten, werden sie morgen 45 Pfennig kosten. Pfennige kennt der Kartoffel-Kleinhandel nicht. Und wenn 10 Pfund „Rote“ 35 Pfennige kosten, machen 5 Pfund 20 Pfennige.

### Zwiebeln und Blumenkohl.

Bei den Zwiebeln liegt es noch schlimmer. Vor Weihnachten haben Zwiebeln 10 Pfennig pro Pfund gekostet. Nach Weihnachten kosten sie plötzlich 15 Pfennig! Es ist anzuerkennen, daß die Warenhäuser tulant sind und zwei Pfund Zwiebeln für 25 Pfennig verkaufen. Der Sprung von 10 auf 15 Pfennig hieße, daß im Großhandel der Preis für einen Zentner Zwiebeln um 5 Mark gestiegen wäre. Das ist gar nicht der Fall. Und besonders verhängnisvoll wirkt auf die Hausfrauen, daß diejenigen Gemüsehändler, die noch Vorräte haben, gar nicht daran denken, diese Bestände für 10 Pfennig pro Pfund auszuverkaufen, sondern sofort die Preiserhöhung mitmachen. Oder: Ganz Berlin ärgert sich über den Blumenkohl. Ueber den Sommer wollen wir gar nicht weiter reden, da gab es einigermaßen erschwinglichen Blumenkohl. Jetzt kostet der billigste Kopf 40 Pfennig, herauf bis zu 60 Pfennig. Man mag einwenden, es ist Winter. Das würde man gelten lassen, wenn nicht der letzte Marktbericht so aussehen würde: „Die Einführung landwirtschaftlicher Schutzzölle in England und der Rückgang verschiedener europäischer Währungen hat das italienische Ausfuhrgeschäft in Blumenkohl, das schon vorher nicht beständiger, erneut so gedehnt, daß Blumenkohl nur noch zu den niedrigsten Preisen zu verkaufen ist. Auf dem Mailänder Großmarkt wurden zuletzt nur noch 3 bis 8 Mark, in Rom zwischen 2 bis 14 Mark je 100 Stück erzielt.“ Also ein Blumenkohlkopf durchschnittlich 10 Pfennig, auf der Fahrt von Mailand nach Berlin werden jedoch aus einem vier Groschen.

Zu schärfster Kritik fordern aber die Zustände im Fleischer-gewerbe heraus. Wer ein Viertel Pfund Leberwurst haben will, muß glatt 30 Pfennig bezahlen, wenn das halbe Pfund 55 Pfennig kostet. Die Hälfte wären vielmehr 28 Pfennig. Oder es braucht jemand drei Viertel Pfund Nieren, ein ganzes Pfund läßt das

knappe Wirtschaftsgeld nicht zu. Das Pfund kostet nun 75 Pfennig, was kostet das dreiviertel Pfund: natürlich 60 Pfennig. Bei dieser Sechser- und Groschen-Rechnerei der Berliner Fleischer ist es beinahe ratsam, ganze Pfunde zu kaufen. Noch etwas anderes: eine Frau verlangt ein halbes Pfund Wurst. Die Wurst kostet 55 Pfennig. Der Fleischer sagt, es wäre für 5 Pfennig mehr. Rein, sagt die Frau, sie möchte ein halbes Pfund. Worauf der Fleischer eine Scheibe abschneidet. Also kostet eine Scheibe Wurst 5 Pfennig! Ein weiteres Beispiel: ein Pfund Schweinebauch kostet 70 Pfennig. Der Schlächter hat nicht gut getroffen, es wiegt ein Zehntel mehr = 7 Pfennig. Der Schlächter sagt natürlich: es ist für 10 Pfennig mehr. Für 10 Pfennig gibt es aber 80 Gramm Schweinebauch. Niemals wird es einem Schlächter einfallen zu sagen: das Stück kostet 77 Pfennig. Diese Rechenmethoden sind eine gefährliche Klippe für den Preisabbau.

Beim Käse ist es nicht viel anders. Bei einem Viertelpfund Käse soll die Verkäuferin eine kleine Ecke oder einen kleinen Streifen zuviel abgeschnitten haben. Sie wird sagen: für 5 Pfennig mehr. Dabei ist der Streifen so winzig, daß er vielleicht anderthalb Pfennig ausmacht.

### Teurer Einkauf beim Eisenhandel.

Dann die Eisenwarenhändler. Deren Preise blühen so im Verborgenen. Für 5 Pfennig gibt es 3 Schrauben, für 10 Pfennig aber bedeutend mehr als 6 Schrauben und 100 Gramm Schrauben, das ist ein ganzer Berg, der nicht teuer ist, sondern teuer wäre, wenn immer je 3 Schrauben mit 5 Pfennigen berechnet würden. Ein kleines Stück Messingblech, so groß wie ein Türschild, kostet 50 Pfennig. Wenn man sich aber ein ganzes Ailo Messingblech kauft, nun, das soll 2 Mark kosten, selbst einen Taler, da könnte man sich aber ein ganzes Duzend kleinerer Schieber von

### Germanenhaus auf den Müggelbergen



Unser Bild zeigt ein Haus, das auf den Müggelbergen steht und trotz seiner Eigenart den meisten Berlinern unbekannt ist. Es handelt sich allerdings nicht um ein bewohntes oder einstmals bewohntes Haus, sondern um ein Museumsstück, die Nachbildung eines alten Germanenhauses in der ausgezeichneten, kleinen Heimatschau, die vom Märkischen Museum in Müggelturm eingerichtet wurde. Die Geschichtsforschung hat erwiesen, daß in der Gegend der Müggelberge einstmals der Stamm der germanischen Sennonen gehaust hat. Die Müggelberge wurden nach Schätzen der Vergangenheit durchsucht und ein Teil des Ergebnisses ist im Müggelturm zu sehen. Auch im Herbst und erst recht im Winter kann man in das Berggebiet der Oberspreewandern und dabei dem kleinen, wirklich sehenswerten Museum seinen Besuch abstatuen.

machen! Ueberall wird der kleine Käufer benachteiligt. Die kleinste Münze, die man ihm abnimmt, ist der Sechser.

Wenn alle Handelskreise aber, die so eine große Abneigung gegen unsere ehrenwerten Pfennige haben, einmal nachdenken würden, dann könnten sie sich an den fünf Fingern abzählen, worauf zu einem Teil der Erfolg des Warenhauses beruht: bei der Pfennigrechnung. Man muß nämlich einmal zusammenrechnen, was eine Hausfrau beim großen Sonnabend-Einkauf an verlorenen Pfennigen ausgiebt. Das ergibt am Jahres-schluss einen Zehnmarktschein. Deshalb können nur immer wieder die Hausfrauen aufgemuntert werden, ihrerseits alles zu tun, um der allgemeinen Pfennigrechnung überall zum Durchbruch zu verhelfen. Es ging bei den Heringen, warum soll es nicht auch bei den Kartoffeln geben.

### Die Lehten von Karsten-Zentrum.

#### Unausgesehete Rettungsarbeit 774 m unter der Erde.

Breslau, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Wie am Dienstag um 20.30 Uhr von der Werkleitung der Karsten-Zentrums-Grube mitgeteilt wurde, ist es noch immer nicht gelungen, die restlichen verschütteten Bergleute aufzufinden.

Die Bergungskolonnen arbeiten nach wie vor unter Aufbietung aller Kräfte. Von Ablösung will niemand unter ihnen etwas wissen. Erst wenn die Müdigkeit sie übermannt, willigen die Rettungsmannschaften in eine Ablösung ein. Den Mut, den diese Männer 774 Meter tief unter der Erde bezeugen, um ihre Kameraden aus der Hölle des Berges zu befreien, ist beispiellos. Unter Nichtbeachtung der sie umgebenden vielfachen Gefahren arbeiten sich die Mitglieder der Rettungsgruppe im Kohlenflöz vorwärts, um an ihre eingeschlossenen Arbeitkameraden heranzukommen, bevor der Hungertod sie in seine Krallen nimmt oder bevor sie in ihrer Verzweiflung und zur Ablätzung der Qualen Hand an sich legen. Wann man die Stelle erreicht haben wird, an der die restlichen Bergleute arbeiteten, als das Gebirge zu rutschen begann, läßt sich noch immer nicht mit Bestimmtheit sagen. Es fehlen zwar nur noch wenige Meter. Vor Mittwochvormittag dürfte jedoch selbst diese geringe Entfernung kaum überwunden werden können. Klopffzeichen oder gar Hilferufe sind bis jetzt nicht vernommen worden, obwohl zur Aufnahme der schwächsten Geräusche seit Montag ein von der erzwissenschaftlichen Landeswarte in Kalidor hergestelltes Gerät, ein sogenanntes Geophon (Erdbörer) benutzt wird.

Die Geretteten befinden sich ausnahmslos wohl. Sie liegen noch im Leubener Knappschäftslozaret und empfangen zahlreiche Besuche. Pressevertreter sitzen mit ihren Notizbüchern an den Betten und lassen sich berichten. Die Geretteten geben bereitwillig Auskunft und erzählen immer von neuem von den unmenschlichen Qualen, denen sie in den 144 Stunden ihrer Abgeschlossenheit tief im Innern des Berges ausgehört waren.

### Die vier verschütteten Bergleute gerettet.

Kassel, 12. Januar.

Zum Streckeneinsturz im „Roten Stollen“ wird von der Zechenverwaltung mitgeteilt, daß es den Rettungsmanuskripten nach mehr-mündigen Bemühungen gelungen ist, zu den Verschütteten vorzudringen und sich durch Klopffzeichen mit ihnen zu verständigen. Es gelang dann sämtliche vier (nicht drei, wie anfangs angenommen) verschütteten Bergleute unverletzt zu bergen.

### Heute Hochbahn wieder in voller Fahrt.

Auf der Oststrecke der Hochbahn zwischen Hallesches Tor und Kottbuser Tor wird am heutigen Mittwoch mit Betriebsbeginn wieder der volle fahrplanmäßige Betrieb durchgeführt. Sowohl die verminderte Befehlsmenge als der 3-Minuten-Betrieb wird beibehalten, so daß wieder die regelmäßige Zugfolge kommt.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knauf

Heimwärts ergreift einer die Ziehharmonika und spielt:  
„Trink mer noch ein Tröpfchen,  
Trink mer noch ein Tröpfchen  
Aus dem kleinen Hentelköpfchen.“  
Kräftig werfen wir die Ruder aus und fingen:  
„O Sufanna,  
Wie ist das Leben doch so schön...“  
Und nach einer Weile geht es weiter:  
Alle Jahr a Kind,  
Alle Jahr a Kind,  
Bis es vierundzwanzig sind...“

Auf Backbord und Steuerbord rauscht das Meer, und der Hummer aus Luzens Lische spaziert auf einem illustrierten Brett herum, das am Boden liegt und auf dessen Titeldruck siebzehn Erzherzöge sitzen und tafeln.  
„Schifflein, ach Schifflein, Schifflein auf hoher See...“

Wir treten zum Schultauschen an. Auf dem Deck, nahe dem Kommandoturm, ist die Luke geöffnet. Das Periskop ist aufgestellt.  
„Boot klar machen!“  
Laut kommt die Antwort von vorn: „Klar!“  
Jetzt das Kommando: „Langsam vorwärts!“  
Wir verlassen die Inseigruppe und fahren in das offene Meer hinaus.  
Der Kommandant steht auf der Brücke und hat das

Glas an den Augen. Am Horizont schwimmen witterschwere Wolken. Das Tauchboot fährt ruhig durch das Meer. Da kommt von der Brücke das Kommando: „Unter Deck!“ Wir rennen zur Luke, treten uns auf der eisernen Leiter gegenseitig auf die Hände und Köpfe, und der letzte läßt sich fallen und reißt uns alle kopfüber ins Boot. Der Kommandant steigt als letzter herab.  
„Lute schließen!“ Blühschnell haut ein Matrose den Lutendeckel zu, dreht das Handrad nach rechts und schließt so die Luke luftdicht ab. „Klar zum Tauchen!“  
Die Motore ruhen. Die Sauerstoffapparate sind in Betrieb. Am Periskop ist der Kommandant.  
„Trimmen!“ Ich reiße auf Mitschiff des Ventils auf, während das vordere noch geschlossen ist, und mit dem Bug nach vorn sinken wir ins Meer.  
„Sechs Mann auf Achter!“ Jeder Befehl wird schnell ausgeführt.

„Efter, der ansagt, wie tief wir sind, spricht in den Raum: „Zehn Meter.“  
„Zehn Meter!“ kommt die Rückantwort aus dem Kommandoturm, dann: „Langsam vorwärts!“  
An der Schalttafel sieht der Mat. „Langsam vorwärts!“ Wir müssen jetzt schreien, da wir uns sonst nicht verstehen.  
Langsam arbeiten die elektrischen Motore. Die Verbrennungsmotore ruhen. Der Tauchraum ist von Glühbirnen hell erleuchtet.  
Wieder das Kommando von oben: „Vorn und Achter trimmen!“  
Schon drehen sich die Handräder nach rechts.  
„Getrimmt!“ die Antwort.  
„Der Feind will uns rammen“, von oben.  
Die Trimmantafel sülten sich mit Wasser. Wir sinken rapid. Efter meldet: „Zwanzig Meter! — Dreißig! — Vierzig, fünfzig, sechzig!“  
„Halt! Trimmerventile schließen!“ das Kommando von oben.  
Die Lantventile fliegen zu. „Geschlossen!“ die Antwort. Unheimlich still ist es jetzt im Tauchboot. Die Motore ruhen. Wir blicken uns an, und keiner spricht.  
Das Kommando von oben: „Lenzen!“  
Ich renne an die Preshluftbatterie, reiße das Ventil auf. „Gelenz!“  
Gleichmäßig hebt sich das Boot. Efter meldet vom Steuerbord: „Fünfzig Meter — vierzig — dreißig — zwanzig — zehn — fünf!“

„Halt!“ von oben.  
Die Ventile fliegen zu. „Geschlossen!“  
Jetzt von oben: „Maximal vorwärts!“ Und gleich darauf: „An die Torpedos!“  
Vier Mann rennen an die Abschlußrohre. „Klar zum Abjäh!“  
„Langsam vorwärts!“ von oben.  
Schalthebel fliegen vor und zurück. So manövrieren wir zwei Stunden um den „Feind“.  
Auf einmal das Kommando: „Los!“  
Ein Griff — Pfeilschnell fliegt das Torpedo hinaus. Das Boot neigt sich leicht zur Seite.  
Und wieder „Los!“  
Eine Erschütterung — das zweite folgt.  
Das „feindliche Schiff“ ist getroffen und sinkt.  
Wir lenzen an die Oberfläche. Efter reiße die Luke auf — wir atmen Luft, richtige, frische Luft. Vor uns schwimmen die Trümmer der Urappe „Feind“. Gut haben unsere Torpedos gefressen. Aber ich kratze mich am Kopf: Im Ernstfall hätten wir vielleicht auch eins draufgetriegt.  
Wieder arbeiten die Verbrennungsmotore, Maximal fahren wir heim.  
Efter und ich liegen in der Barock nebeneinander. Es riecht nach Teer und Schweiß. Und allmählich überfallen uns Schwärme von Wanzen. Sie kriechen uns in die Nasenlöcher. Einer mußte sogar den Arzt aufsuchen, weil sie ihm ins Ohr gekrochen waren, um dort, wie der Marinearzt sagte, das Ende des Krieges abzuwarten.  
Wenn ich bloß von hier weglönte!  
Einmal liegen wir mit dem U-Boot zwanzig Meter tief auf dem Meeresgrund und können nicht mehr an die Oberfläche gelangen.  
Selbst der Kommandant wird nervös. Er läßt die Lichtboje starten und beruhigt uns: „Vier Stunden können wir uns noch halten.“  
Und dann? — — —  
Allmählich schnürt es uns die Kehlen zusammen. Nach drei Stunden machen wir uns zum Sterben fertig. Der Kommandant gibt jedem die Hand.  
Aber dann werden wir gefunden und hochgewunden. Die Lichtboje ist unsere Rettung.  
Inmerhin! Dieser eine Vorschuß auf die Seligkeit genügt mir.  
(Fortsetzung folgt.)



# Bobunglück im Riesengebirge.

Eine Person getötet, sechs schwer verletzt.

Bei der Austragung der deutschen Vierer-Bobmeisterschaft auf der Bobbahn von Schreiberhau wurde der Bobfahrer Polk vom Bobklub Schreiberhau in der ersten S-Kurve infolge zu hoher Geschwindigkeit über die Kurve und ihre Anzäunung hinausgeschleudert. Der Schläger raste in das Publikum und zerstückte schließlich an den Bäumen. Der Fahrer des Bobs und 12 Zuschauer erlitten schwere Verletzungen. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus Schreiberhau übergeführt. Das Rennen wurde sofort abgebrochen.

Wenige Stunden vorher hatte der deutsch-böhmische Bobfahrer Schwarzbach bei einer inoffiziellen Fahrt einen Unfall erlitten: Schwarzbach mußte mit einem Schädelbruch und inneren Verletzungen in das Krankenhaus Schreiberhau eingeliefert werden.

Das Unglück hat jedoch, einer Spätmeldung zufolge, viel schwerere Folgen gehabt, als zuerst angenommen wurde. Eine etwa 40jährige Frau Major von Berger aus Köhlschönroda bei Dresden wurde sofort getötet; die 54jährige Frau Amtsgerichtsrat Zheiffinger aus Breslau so schwer verwundet, daß sie kaum noch mit dem Leben davonkommen dürfte. Weitere fünf Zuschauer liegen mit schweren Verletzungen in den Schreiberhauer Krankenhäusern.

## Die neuen Unterstüßungsrichtsätze.

Geltung vom 1. Februar ab.

Die Unterstüßungsätze werden in Berlin in Anpassung an die Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten errechnet. Wegen des Sinkens der Reichsrichtzahl hätten diese Sätze bereits vom 1. Januar 1932 ab herabgesetzt werden müssen. Auch mit Rücksicht auf die bereits im Januar 1932 eingetretene Verbilligung der Mieten usw. hätten sie noch weiter gesenkt werden können.

Die Finanzlage der Stadt gestattet, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, es nicht, diese Tatsachen bei der Festsetzung der Unterstüßungsrichtsätze für Februar 1932 unberücksichtigt zu lassen; denn der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist weiter gesunken, obgleich in der zur Zeit vorliegenden Richtzahl für Dezember 1931 die Verbilligung der Mieten usw. noch nicht zum Ausdruck kommt. Da die vollen Auswirkungen der Verbilligungen auf die Lebenshaltung der Hilfsbedürftigen noch nicht zu übersehen sind, wurde auch bei der Festsetzung der neuen Unterstüßungsrichtsätze für Februar 1932 nur ein Teilbetrag hierfür in Ansatz gebracht. Für Februar 1932 gelten daher folgende Unterstüßungsrichtsätze, die nach Anhörung der Vertreter der Hilfsbedürftigen festgesetzt worden sind: a) in der gehobenen Fürsorge: für Alleinlebende 44 M., für Ehepaare usw. 81,50 M., für jedes Kind unter 6 Jahren 13 M., für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren 15 M.; b) in der allgemeinen Fürsorge: für Alleinlebende 35 M., für Ehepaare usw. 52,50 M., für jedes Kind unter 6 Jahren 13 M., für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren 15 M.

## Unbesonnener Fußgänger.

Straßenüberquerung bei rotem Licht.

Durch das vorschriftswidrige Verhalten eines Fußgängers wurde am 4. August an der Kreuzung der Kant- und Joachimsthalerstraße ein Verkehrsunfall mit tragischen Folgen herbeigeführt.

Der Chauffeur Staudy kam mit einem Motorrad der Kantstraße entlang und wollte die Joachimsthalerstraße überqueren, da er infolge des grünen Lichtes freie Fahrt hatte. Zu gleicher Zeit hatte aber der Kaufmann Hempel trotz roten Lichtes den Fahrdamm betreten. Der Motorradfahrer bremste. Hempel blieb nun stehen und trat einen Schritt zurück, so daß der andere annehmen mußte, daß er vorbeigelassen werden sollte. Deshalb gab er Gas, aber in demselben Augenblick setzte sich der Fußgänger wieder in Bewegung und stieß mit dem Motorrad zusammen. Durch den Anprall und das erneute scharfe Bremsen wurde die Schneiderin Lucie G., die sich auf dem Sozius befand, heruntergeschleudert und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie starb.

Vor dem Verkehrsgericht in Moabit hatten sich Hempel und Staudy wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Anklage nahm nämlich an, daß auch den Motorradfahrer eine gewisse Schuld trifft, da er mit der Unbesonnenheit des Fußgängers zu rechnen hatte. Der Angeklagte Hempel gab zu, daß er auf die Verkehrsregeln keine Rücksicht gegeben habe. Das Schöffengericht hielt ihn allein für schuldig und verurteilte ihn wegen fahrlässiger Tötung zu 4 Monaten Gefängnis. Staudy dagegen wurde freigesprochen, da er bei einem erwachsenen Manne nicht auf ein so unsinniges Verhalten zu rechnen brauchte.

## Bürgersteuer 1931.

Die Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums gibt folgendes bekannt:

Für Lohnempfänger ist die erste Rate der Bürgersteuer bei der nächsten auf den 10. Januar folgenden Lohnzahlung vom Arbeitgeber einzubehalten und binnen einer Woche an die in der Steuerkarte bezeichnete Wohnstättengemeinde des Arbeitnehmers abzuführen. Viele Gemeinden haben die Bürgersteuer mit Rücksicht auf das außergewöhnliche Anwachsen der Lasten aus der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge in so erheblichem Umfange anspannen müssen, daß die Entrichtung der einzelnen Raten für die Steuerpflichtigen sich zum Teil außerordentlich hart auswirkt. Dies muß für dieses Jahr, um die Gemeinden instandzuhalten, ihren Verpflichtungen für die Wohlfahrtsempfänger auch weiterhin nachzukommen, im Interesse der Gesamtheit in Kauf genommen werden. Es ist aber zu hoffen, daß auch diejenigen Gemeinden, die dieses Jahr eine besonders hohe Bürgersteuer erheben müssen, bei äußerster Sparsamkeit — auf die hinzuwirken im Interesse jedes Bürgers liegt — die Bürgersteuer für das nächste Jahr ermäßigen können. Bei dieser Gelegenheit wird noch darauf hingewiesen, daß sich Arbeitgeber, die ihrer Verpflichtung zur Einbehaltung und Abführung der Bürgersteuer nicht nachkommen, haftbar und auch strafbar machen.

# Lebensfilm eines Betrügers.

Sein Vorbild war der Hauptmann von Köpenick.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg machte man die Bekanntheit des 72jährigen Betrügers Heinrich Thiele, der den Hauptmann von Köpenick als sein Vorbild bezeichnete und sich auf die Schwäche des Menschen für Titel und Würden berief.

Ausgangspunkt der Verhandlung war jener Diebstahl einer 17jährigen Hausangestellten J. bei dem russischen Kaufmann Bernatoff, der noch in Erinnerung sein dürfte. Das junge Mädchen hatte damals ihrer Herrschaft für 250 000 M. Juwelen, darunter eine Perlenkette, Pelze und Kleider, entwendet und den Koffer mit dem Gestohlenen bei der Gepäckaufbewahrung hinterlegt. Vor Gericht führte sie zu ihrer Entschuldigung Eiferjudt gegen ihren Dienstherrn an, der mit ihr Beziehungen unterhalten und sie später mit anderen Mädchen hintergangen habe. Das Gericht erster Instanz sprach die 17jährige frei, die Berufungsinstanz verurteilte sie zu 6 Monaten Gefängnis, für einen Rest von 3 Monaten erhielt sie Bewährungsfrist. Als das Reichsgericht ihre Revision verwarf, beging sie einen Selbstmordversuch.

Nach der ersten Verhandlung erschien bei dem Kaufmann B. ein alter Herr, der eine Legitimation auf den Namen des Kriminalkommissars Buchdorf vorwies und ein phantastisches Vernehmungprotokoll vorlas, aus dem hervorging, daß der Kaufmann B. in der Verhandlung einen Meineid geschworen haben sollte. Von einer Verhaftung, erklärte der Kriminalkommissar, wolle er absehen, da B. vielfacher Hauseigentümer sei usw. B. stellte aber fest, daß sein Besucher ein falscher Kriminalkommissar gewesen war. Als dieser zwei Monate später vor B.s Haus erschien, wurde er verhaftet. Man fand bei ihm einen Brief mit der Unterschrift eines nicht existierenden Staatsanwalts von Brandes, in dem dem Kriminalkommissar Buchdorf gestattet wurde, den Kaufmann B., da er ein Ehrenmann sei, nicht durch vier uniformierte Beamte, sondern persönlich abzuführen. Es liege der Verdacht vor, B. habe etwas mit einem an der Ostgrenze gefundenen Paket Falschgeld zu tun.

Was bezweckte aber der 72jährige Th. mit all diesen konfuse Handlungen? Vor Gericht sagte er: Erstens wollte er sich das kostbare Perlenkettchen ansehen, zweitens B. des Meineids überführen und drittens dessen Reichtum feststellen, um an Hitler die Frage richten zu können, weshalb er, der die Ausplünderung der reichen Juden auf seine Fahne gesetzt habe, nicht schon jetzt damit beginne. Er wollte gewissermaßen Hitlers Verlogenheit an-

prangern. Vor der Mann normal? Der Sachverständige Doktor Beppmann sprach vor Gericht von psychischer Eigentümlichkeit des Angeklagten. Er trank von Klein auf an der Sacht, eine Rolle zu spielen. Daß dem so sei, bewiese seine Vergangenheit. Nach einer bewegten Jugend ging er im Alter von 35 Jahren, um Ruhe zu tun, in ein Trappistenkloster, verließ es aber bereits nach drei Jahren wieder. Dann folgten Extrataten in Kolmar, Koblenz, München, Mülhausen; sie brachten ihm eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Im Jahre 1916 erhielt er die Freiheit wieder, heiratete die Frau des Gefängniswertmeisters und hielt sich gut bis 1924. Die Vorbeeren des Hauptmanns von Köpenick gaben ihm aber keine Ruhe.

In Hagen starb ein Fabrikant an Vergiftung. Die Sekretärin entnahm dem Geldschrank das zu ihren Gunsten aufgesetzte Testament und zog zur Mutter. Die Verwandten des Fabrikanten bezichtigten die Sekretärin des Mordes, das Gericht sprach das Mädchen frei. Was macht Th.? Er fährt nach Hagen, kauft die Verwandten des Verstorbenen auf, stellt sich als Staatsanwaltschaftsnotar vor, erzählt, der Verstorbene habe noch ein anderes Verhältnis gehabt, eine Verkäuferin in Köln. Dieser habe er einmal gesagt, er fürchte, eines gewaltigen Todes zu sterben und habe deshalb ins Testament eine Klausel hineingesetzt, daß, falls er sterben sollte, der Tod durch einen Giftmord verursacht sein müsse. Auf dem Bahnhof wird er verhaftet. Das Gericht spricht ihn frei. In Münster erhielt er aber 3 1/2 Jahre Zuchthaus. Er hatte als Vater Windfried Windhorst, Generalprokurator des Dominikanerklosters einen Austruf erlassen, in dem er um Geld zum Bau eines Klosters bat. Es meldete sich ein gewisser Sch. Th. nahm bei ihm ein Darlehen von 3000 M. für drei Monaten, die aus einem Onkelbrüder Kloster nach Afrika fahren wollten. Das Kloster existierte gar nicht, also konnten auch keine Nonnen nach Afrika fahren. Im Zuchthaus von Münster schrieb aber Th. in Gedichtform einen Epos — nicht schlecht, sagte Dr. Beppmann —, ein Filmmanuscript „Justicia vincit“ — die „Justiz siegt“. Er schilderte darin den Fall mit der Sekretärin und dem Fabrikanten. Auch in Breslau gelang es ihm, als Mit- die Barmherzigen Brüder zu täuschen. Seit 1928 hielt sich Th. wieder strafflos.

Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung und Amtsannahme zu 5 Monaten Gefängnis. Er nahm das Urteil mit Würde hin.

## Jugendverführer, nicht Jugendführer.

So endet wieder mal eine Nazi-Größe.

Halle, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Halle verurteilte am Dienstag den 28jährigen Kaufmann Clemens Heßberger wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Heßberger, Mitglied der nationalsozialistischen sogenannten Arbeiterpartei und Führer des angeblich unpolitischen, in Wirklichkeit streng nationalsozialistischen Jungsturms, hat an den ihm anvertrauten minderjährigen Jungen auf Ausstiegen und bei sonstigen Gelegenheiten fortgesetzt Sittlichkeitsverbrechen begangen. Einer der Jungen, den Heßberger besonders gern und oft in seine „Obhut“ nahm, erkrankte derart schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Angeklagte leugnete zuerst heftig jede Schuld, gab dann aber unter dem Eindruck des erdrückenden Beweismaterials zu, sich in den meisten der 12 ihm zur Last gelegten Fällen an den Jungen, meist Schüler höherer Lehranstalten, unsittlich in der schamlosesten Weise vergangen zu haben.

Diesem Burschen hätte Zuchthaus gebührt!

## Stennes gegen Hitler.

Hitler muß am 16. Januar in Moabit erscheinen.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte findet am 16. Januar die Hauptverhandlung in der Privatbeleidigungssache statt, die Hauptmann a. D. Stennes gegen Adolf Hitler und den Redakteur des „Angriff“, Dr. Bippert, angestrengt hat, weil ihm der Vorwurf, Polizeispitzel zu sein, gemacht worden war. Nachdem im Dezember bereits ein angelegter Termin, zu dem das persönliche Erscheinen Hitlers vom Gericht angelegt war, auf dessen Antrag aufgehoben wurde, hat Hitler jetzt beantragt, ihm vom persönlichen Erscheinen zu entbinden. Amtsgerichtsrat Dr. Bues hat diesen Antrag aber abgelehnt, da ihm die persönliche Anwesenheit Hitlers unerlässlich erscheint. Somit wird Hitler am 16. Januar in Moabit persönlich erscheinen müssen.

## Mietentung unzureichend.

Zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hat der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter (Eich Berlin) in seiner Tagung vom 9. und 10. Januar Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, einen Aufruf an die Wohn- und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten zu richten, um durch entsprechende Stellungnahme eine Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen zu erzielen. Die Mietentung wird als unzureichend erklärt, namentlich hinsichtlich der Neubauten. Ferner wird die Regelung bekämpft, nach welcher der Abbau der Hauszinssteuer bis zum 1. April 1940 allein zugunsten der Hausbesitzer erfolgen soll. Schließlich wird gegen den Abbau der Mieterzuschüsse protestiert und die baldige Schaffung des in den Notverordnungen verheißenen sozialen Miet- und Wohnrechts gefordert. Ferner schlägt der Gesamtvorstand des Reichsbundes Stellung gegen die Vorschläge des Staatssekretärs a. D. Popitz auf Schaffung einer Wohnsteuer. Diese Steuer soll wegen ihrer unsozialen Wirkung aufs schärfste bekämpft werden, und zwar um so mehr, als sie die letzten Reste der Mietentung völlig unwirksam machen würde. — Die Forderungen des Reichsbundes hinsichtlich der Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts wurde unter Mitwirkung einer Juristenkommission endgültig formuliert.

## Bluttat im Männerheim aufgeklärt.

Den Zeckspannen im Trunk niedergestochen.

Die mysteriöse Bluttat, die sich am vergangenen Sonnabend im Männerheim in der Schwedter Straße abspielte, ist jetzt durch die Untersuchung der Kriminalpolizei des 72. Polizeireviere völlig aufgeklärt. Der Täter, der 25 Jahre alte Klempner Jakob Pfaff, ist dem Richter vorgeführt worden. Dieser hat jetzt gegen ihn Haftbefehl wegen schwerer Körperverletzung mit Todesausgang erlassen. Pfaff ist in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden.

Pfaff und der 28 Jahre alte Arbeiter Willy Schulz, der am Sonntag früh verstorben ist, hatten gemeinsam gezehrt. Sie waren beide betrunken, als sie nach der Schwedter Straße zurückkamen. Als Pfaff das Messer zog und Schulz niederstach, schütteten die Zeugen. Nur einer wurde ermittelt, der mit Sicherheit angab, daß Schulz sich das Messer aus der Brust gezogen habe. Dieser Zeuge mußte auch, daß Pfaff und Schulz vorher zusammengewesen waren. Im Laufe des Montages wurden vier weitere Zeugen ermittelt, die bei der Tat zugegen waren. Sie bestätigten, daß Pfaff der Täter war. Zwischen den beiden Angeurteilten war es um einer Nichtigkeit willen zum Streit gekommen. Vor dem Richter blieb Pfaff bei seiner Darstellung, mit Schulz nicht zusammengewesen zu sein und auch, daß das Messer ihm nicht gehöre. Trotz seines Leugnans ist auf Grund der Zeugenaussagen Haftbefehl gegen ihn erlassen worden.

## Der Tod Albert Jandorfs.

In einem Sanatorium im Westen Berlins verstarb an den Folgen einer Blinddarmentzündung der durch zahlreiche Warenhausgründungen bekannte Kommerzienrat Adolf Jandorf, einer der bekanntesten Kaufleute Berlins. Im Jahre 1928 hat Jandorf, der durch geschickte Geschäftsführung gute wirtschaftliche Erfolge erzielte, seine Geschäfte an die Firma Hermann Tieg verkauft.

Jandorf war in den Kreisen des deutschen Einzelhandels eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit und gehörte mehr als zwanzig Jahre dem großen Ausschuss des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser an. Aus kleinen Anfängen baute er ein großes Unternehmen auf, das er bis Ende des Jahres 1926 selbst leitete. Aus der 1892 gegründeten Firma A. Jandorf u. Co. entstand allmählich der Jandorfsche Warenhauskonzern mit über 3000 Angestellten, für die Jandorf immer ein warmes mitfühlendes Herz hatte. Als er seine Warenhäuser verkaufte, waren es die Angestellten, die diesen Wechsel sehr bedauerten. Jandorf am Halleschen Tor und Jandorf in der Großen Frankfurter Straße waren jahrelang die populärsten Berliner Warenhäuser. Später ließ er das Kaufhaus des Westens bauen, das merkwürdigerweise auch heute noch das einzige wirkliche große Warenhaus in Berlin W. ist.

## Achtung, Gehag-Erwerbslosenfriedler.

Im Auftrage der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins wird die Gehag, Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-G. B., 500 Erwerbslosenfriedlerstellen mit je 800 bis 1000 Quadratmeter gutem Ackerland und Häuschen, die eine Wohnfläche, zwei Schlafkammern, Flur, ausbaufähiges Dachgeschoss, Kellerraum und Stall enthalten, errichten. Siedlungslustige Erwerbslose können Fragebogen auf den Büros der gewerkschaftlichen Fachverbände erhalten. Es wird jedoch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Frist für die Ausfüllung und Einreichung der Fragebogen bereits am 15. Januar abläuft.

Sprechstunde für proletarische Feiertunden. Donnerstag, den 14. Januar (nicht Freitag), 20 Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16—17, Übungsstunde.

# Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Unter-Vorkriegsprüfung!







Wallex Schirmeier:

# Der Mann mit dem Milchtopf

In die kühle Frische des Morgens schritt wie eine jähe Diffonanz das Rärmen der Straßenbahnwagen. Die Sonne kämpft sich langsam durch das Gemölk. Einzelne und in kleinen Trupps streben die Kinder dem großen roten Schulgebäude zu. Es schlägt dreimal — dreiviertel acht. Der Schlag mit dem weiten Kufenrondell und den grüngerührten Bänken eingehertum liegt im Schein der Sonne, die sich endlich durch eine schwächere Stelle in den Wolken Bahn gebrochen hat. An der Straßenbahnhaltestelle stehen nur noch vereinzelte Wartende. Der große Zustrom in Fabriken und Büros ist vorbei. Als und zu kommt ein Nachzügler eilig angerannt, läßt einen Augenblick neben der fahrenden Elektrischen her und springt dann auf das Trittbrett — eilig und besorgt, den Beginn der Arbeitszeit nicht zu versäumen. An der Schmalseite des Wagens, wo die Kinderspielspiße sind, wird gearbeitet. Auf der Straße steht der Wagen eines Tiefbauunternehmens. Die Arbeiter haben die Hemdärmel, unter denen gebräunte, muskulöse Arme zu sehen sind, aufgekrempt und schachten einen tiefen Gang aus. Sie rauchen Zigaretten und unterhalten sich dabei. Auf der Straße steht ein grau angegriffener ehemaliger Postwagen. In ihm ziehen sie sich um und essen während der Pausen an dem Klappisch ihre Stullen. Neben dem Wagen ist eine übermannsgroße Holzwinde gerollt. Sie ist mit Kabel bespannt, das an der Schnittstelle kupfern aufglänzt.

Aus den Häusern kommen die Frauen mit Einhaletischen. Sie rufen sich Grüße zu — ab und zu bleiben sie stehen und sprechen ein Weilchen miteinander. Daß die Preise nicht billiger werden — oder, daß man in diesem Jahre keine Feuerung als Wintervorrat einfahren lassen konnte, während man im vorigen Jahre fünfzehn Zentner Kohlen...

Aus einem Hausflur kommt ein Mann. Er hat keinen Kragen umgebunden. Sein brauner Anzug sieht abgetragener aus. In der Hand hat er einen Milchtopf. Er geht mit scheuem Gruß an den Frauen vorbei, über die Straße zum Milchhändler. „Schrecklich, mit dem Krüger“, sagt die eine. „Er ist doch mindestens schon ein halbes Jahr ohne Arbeit?“

„Acht Monate“, erwidert die andere. „Ich sprach neulich mit seiner Frau ein paar Worte.“

„Die bekommt man jetzt gar nicht mehr zu sehen!“

„Ist doch kein Wunder. Sie näht von morgens früh bis abends spät. Von den paar Mark Unterstüßung, die er bekommt, können sie doch nicht leben!“

Die Frauen gehen auseinander. Der Mann tritt aus dem Milchgeschäft. In der Rechten hält er vorsichtig den Porzellantopf mit Milch, in der Linken eine Lüte mit Reis. Er kommt über den Platz. Vor einer Bank bleibt er stehen, stellt vorsichtig den Topf ab und setzt sich daneben in die Sonne. Er blickt erst hinüber zur Haltestelle, dann, wie unabsichtlich, wandern seine Augen zu den Verdauern, deren lautes Sprechen deutlich zu verstehen ist. Sie streiten über die Bezahlung; der eine will Ueberstunden gemacht haben, die ihm zu Unrecht nicht mit verrechnet worden sind. Der Mann hört das Sprechen: .... drei Stunden à eine Mark achtunddreißig macht vier Mark vierzehn. Die muß der Alte mir die Woche nachzahlen! — Der Mann auf der Bank schüttelt ungläubig den Kopf. Eine Mark achtunddreißig pro Stunde — so viel Geld — hat er das nicht auch mal verdient? Aber das ist ja gar nicht mehr wahr; so lange ist das schon her, daß man sich gar keine rechte Vorstellung mehr davon machen kann.

Sein Kopf hängt herunter. Das Kinn ruht auf der Brust. Wie weit liegt es schon zurück, daß er freitags die Lohnlüte mit vierzig, fünfzig Mark nach Hause brachte? — Ist es überhaupt jemals gewesen, oder kennt man das alles nur vom Hörensagen, aus Erzählungen? — Er greift sich an den Kopf, richtet sich auf und verliert sich nur noch tiefer in seine schmerzvollen Grübeleien. Wie war das doch — Greta brauchte nicht zu nähen; abends, wenn man nach Hause kam, stand das Essen schon auf dem Tische... man sah nachher, behaglich, oder auch mal verärgert, wenn's in der Fabrik nicht geklappt hatte, in der Küche und las die Zeitung... Sonntags fuhr man mit den Kindern nach außerhalb, in den Wald, ans Wasser... Wenn man Urlaub hatte — im vorigen Jahr waren es schon sechs Tage —, dann lebte man mit der Frau froh und glücklich wie damals, als man sich verheiratet hatte. Morgens

stand er als erster auf, nahm den Milchtopf und die Tasche und ging zum Milchhändler und Bäcker einholen. Einholen — das war etwas, an dem man im stillen seinen Spaß hatte. Das war der Frau ins Handwerk gepfuscht; das war ein Scherz, den man sich leistete... Nachher stand er in der Küche herum und guckte der Frau in die Töpfe, bis sie ungeduldig wurde und ihn davonjagte. Dann ging er spazieren...

Die Schuluhr schlägt einmal hart und laut an — viertel Neun. Der Mann fährt erschrocken zusammen — schon viertel neun... Er seufzt auf — wo ist das alles geblieben, das von damals...? Mit dem Tage, an dem er seine Arbeit verlor, riß alles entzwei. In der ersten Zeit ging es ja noch. Man hatte sich ein paar Mark gespart, konnte zusehen — bis nichts mehr da war. Dann fing die Frau an zu nähen, mußte mithelfen, die Familie durchbringen, denn

# Etke: Europas größte Eisbahn

Wenn in Norddeutschland der Sturm mit den letzten welken Blättern den Rehraus wirbelt, wenn das Land in Kälte und Frost zu erstarren beginnt, dann herrscht im südlichen Oesterreich, an den Ufern des Wörther Sees, noch sommerliches Treiben. Bis in den November hinein leuchtet die Sonne über grünen Matten und dunkelblau schimmernden Wasserlächen, durch die weiße Segel, pfeilschnelle Motorboote und zierliche Paddler kreuzen. Dann wird es endlich langsam Winter in Kärnten. Die Farben der Berge und Wälder werden dunkel und schwermütig, und über den See legt ein eisiger Nordost. Aber die verlorene Leuchtkraft seiner Wasserfläche kehrt zu ihm zurück. Zum zweitenmal legt ihm die Natur ein Märchengewand an. Wie er im Sommer durch das Türkisblau, das Smaragdgrün seiner Wellen ungezählte Menschen aus allen Ländern Europas an seine Ufer kesselte, so beherrscht er auch im Winter in seinem strahlenden Silberkleid die Landschaft. Die Natur hat ihn in eine spiegelglatte Eisfläche verwandelt, vor deren Weiß das Auge sich geblendet schließt, und wieder beherbergt er Ungezählte, die bei ihm Erholung und Ausspannung suchen.

„Wie schweigt um uns das weiße Gefild!“

Die ertönt vom jungen Froste die Bahn! ...

Zwei Freunde, dem Kaufherren nach junge Schauspieler, reistieren begeistert die Berle des jungen Klopstock zu Ehren des Eislaufs. Im rhythmischen Klang der Worte gleiten sie dahin über das Eis, bis sie wie zwei winzige Pünktchen in der Ferne verschwinden. Eine unübersehbare Strecke von 40 Kilometer rund um den See liegt vor ihnen. Da ist nichts von der Enge und Begrenztheit der städtischen Kunstseebahnen, auf deren Raum sich die Puffer drängen, nichts von halprigen und ausgefahrenen Bahnen. Unaußersichtbar wechelt die Landschaft: fährt der Schlittschuhläufer von Klagenfurt, der Hauptstadt Kärntens aus, so genießt er beständig den Blick auf die hochalpen der Karawanken, die schroff und bereift hinter den Hügel des gegenüberliegenden Ufers emporragen. Nur von Zeit zu Zeit veriperrn ihm kleine Inseln und Halbinseln den Weg, die er umfahren muß. Das sind die eintigen, lieblichen Buchten des Sommers, der Hauptummelplatz der Badegäste und der Kinder. Dann grüht das Wahrzeichen des Wörther Sees, die alte Kirche Maria Worth mit ihrem eisernenwählernen Friedhof herüber. Der Blick wendet sich nach Westen, hinaus zum Mittagstobel, hinter dem die weißen Felsengipfel der Julischen Alpen, die Berge des Kanaltals und die Villacheralpe sonnenbeglänzt ruhen. In weitem Bogen geht es um die Ausbuchtungen Börtschachs, des berühmten Alpengebirgs herum, in dem Johannes Brahms so gern weilte. Hinter bereiten, vereisten Tannen auf einer Anhöhe schaut die fagenumspinnene Ruine Leonstein herab. Noch wenige Kilometer, und die äußerste Westecke des Sees ist erreicht. Vor uns liegt Belden, das einstige kleine Bauerndorf, mit seinem alten, turmgekrönten Schloß, das heute weltberühmte Seebad.

Arbeit — an Arbeit für ihn war ja nicht zu denken. Es war selbstverständlich, daß er ihr half, ihr Arbeit abnahm, wo er nur konnte. Er ging einholen — was früher nur Spaß gewesen war, wurde jetzt blante, nüchterne Selbstverständlichkeit — die Frau hatte dazu kein Geld mehr — nach und nach übernahm er auch die anderen Hausarbeiten, machte sauber, kochte das Essen...

Der Mann lacht bitter auf, während auf aufsteht und den Topf und die Lüte in die Hand nimmt. O ja, er kann es schon ganz gut, er findet sich schon zurecht in der Frauenarbeit — und nur im Innern frißt eine stetige, bohrende Scham, wächst ein dumpfer Widerstand und Ekel gegen die Zeit, die die Menschen zur Rat zwingt... die die Frauen zwingt zu arbeiten, Geld zu verdienen, die Familie zu erhalten, während die Männer hilflos und in brennender Erbitterung die Frauenarbeit verrichten. —

Die Erdarbeiter lachen und gehen zum Wagen, frühstücken. Die Schnittstelle des Kabels glänzt rötlich-golden in der Sonne. Eine Straßenbahn kommt angefahren, hält und fährt dann mit lautem Klingeln weiter. Der Mann wirft noch einen Blick auf den Platz, dann geht er mit hängendem Kopf, den Milchtopf in der Hand, über die Straße.

Segelschiffen tauchen auf. Schorf kreuzen sie gegen den Wind an und lausen in fliegender Eile vorüber. In wenigen Sekunden tauchen sie in den Horizont ein und wirken dort wie dahinjagende Egelboote, die auf geheimnisvollen Wasserlächen schweben. Aber ebenso schnell nähern sie sich wieder und gleiten nun mit sicherem Schwung am gegenüberliegenden Ufer am Fluß der Karawanken, die wie ungeheure Kristallberge glitzern, heimwärts.

Mit der untergehenden Sonne verfinstert diese helle, leuchtende Welt. Das Zwielicht, die Stunde zwischen Nacht und Tag, spannt ihre geheimnisvollen, grauen Fittiche aus, die allen Glanz der Landschaft verhalten. Im Eis des Sees froht und knirscht es, als ob die alte Laubsage vom Wassergeist, der ein unterirdisches Loch ins Eis gräbt, um ans Land zu steigen, sich erfüllen wollte. Unheimlich, gefahrdrohend, sanernd karrten die grauen Häupter der Karawanken in die düstere Landschaft.

Aber noch einmal gewinnt der See seine Schönheit zurück und wird zum Märchensee. Wenige Stunden später, und Kniraden von Sternen, unwirklich groß und fremdartig leuchtende Gestirne, gleichen ihre Lichtflut über das schweigende, stille Land. Sie ziehen breite, in Licht getauchte Straßen, sie spiegeln sich im Weiß des ewigen Schnees und hülsen die Eisbahn in ein Leuchten, das überirdisch anmutet. In weiter Ferne verschwimmen helle, kleine Lichter, Zeichen menschlicher Wohnstätten. Sie tauchen in Nacht und Dunkel, in die Sorgen und Kämpfe des Alltags. Ueber der von zartem Glanz überstrahlten Fläche des Sees jedoch liegt der Hauch des Unforschbaren, des märchenhaft Unwirklichen. Der Alpensee offenbart seine geheimste, verborgenste Schönheit.

# Der Zigarrenstummel

Rückwärtige offene Plattform eines Straßenbahnwagens. Es ist grimmig kalt. Mein Nachbar trägt einen prächtigen Pelzmantel. Ueberhaupt: diesem Herrn geht es (unberufen) gut. Er ist tüchtig mit Fett ausgepölkert. Auf seinem Rücken saltet sich rosa Speck. Seine dicken Hände („Würfelfinger“ und „Pölkerrüden“) strecken in herrlichen Bildchen, mit Hofentel. Aus dem „gelegenen“ Bürpurgelichte schauen stumpsinnig zwei unbeschoffene Krugleien. Unentwegt und mit stätlichem Behagen zieht der Dicko an einer impolanten Zeppelein-Zigarre und pafft in beneidenswerter Zurücktheit den blaulichen, warmen Rauch in die kalte Winterluft. Es riecht köstlich. Fein hat's der Bursche, denke ich mir und spiele in der Manteltafche mit den Löchern meines rechten Handschuhs.

Uhmählich wird die Zigarre kleiner; aber es ist immer noch ein stattlicher Stummel. Da wirft ihn der Dicko (bedenken Sie nur!) ohne die geringste Hemmung auf die Straße. Ich schäue ihm wehmütig nach und schüttelte, innerlich, den Kopf. Junge, Junge!

Gleich darauf steht der Wagen: meine Haltestelle ist angekommen. Auch der Dicko steigt aus.

Raum stehe ich auf der Straße, als sich etwas Sonderbares ereignet: von den beiden gegenüberliegenden Gehsteigen eilen zwei Männer hastig auf die Straße, bücken sich und greifen fast gleichzeitig nach dem zwischen den Schienen liegenden und noch rauchenden Zigarrenstummel. Oberg strecken sich die mageren Hände danach aus. Ein alter Mann und ein junger. Sie scheinen Arbeitslose zu sein: äußerst dürrig gezeichnet, ausgehungert und durchgefroren. Die Hand des Alten zittert. Sein Rivale ist ihm zuvor gekommen: er hat den Stummel bereits im Munde.

Da höre ich dicht neben mir ein eigenartliches Geräusch: ein grunzendes Lachen, ein festes und fürchterlich leeres Lachen. Mein Junge aus der Straßenbahn! Dem scheint diese Szene einen Heidenpaß zu bereiten. Er kragt auf die beiden Menschen, grunzt schwappend und schüttelt seinen Schweinskopf. Dann wackelt er schauwandelnd von dannen. Ich sehe noch seine rissigen Rodensalten.

Unterdessen hat sich zwischen den beiden Arbeitslosen ein Streit entwickelt: sie scheinen im nächsten Augenblick handgemein zu werden. Der Jüngere flucht und stoßt den Alten beiseite. Der schreit heiser auf (seine Kappe fällt zu Boden) und suchet maßlos erregt mit seinen dünnen Armen. Dann hebt er die Kappe auf und humpelt, noch immer heftig gestikulierend und vor sich hin schimpfend, auf den Gehsteig zurück. Etwas ungeheurer Ergreifendes liegt in dem kraftlos erbosten Verzicht dieses alten, gebrechlichen, vom Leben verbrauchten Menschen.

Der andere kummert sich nicht um ihn. Die Hände in den Hofentaschen, seine Beute zwischen den Zähnen, mischt er sich unter die Passanten... Er hat sich vielleicht schon Hundstang nach ein wenig Rauchbarem gefehnt. Etwas muß der Mensch doch haben, das ihm das Leben leichter macht: wenn es auch nur der kleine, abgelaufene Rest einer Zigarre ist, den ein anderer weggeworfen hat. Daß er dabei nicht an den Alten denkt: Rot verhärtet eben...

Wenige Augenblicke darauf hat der Strom der Straße diese Episode weggeschwemmt. Die Menschen haben ja keine Zeit, am allerwenigsten für die kleinen Tragödien — anderer. Die Angst hockt ihnen im Genick, die Angst um ihr Leben, und peitscht sie durch die feineren, kalten Straßen. Aber es ist gut so: wie wäre es möglich, außer der eigenen Not auch noch auf Schritt und Tritt das ungezählte Leid seiner Mitmenschen zu ertragen? Dem sind wir nicht gewachsen! Wer sich nicht abstumpft, der muß zerbrechen.

Ist es nicht furchtbar, daß wegen eines Zigarrenstummels Haß entbrennt, Gier auslodert und Menschen zu Feinden werden läßt? In eine so namenlose Bedrängnis sind wir geraten. Aber, glaubt mir, erschütternder noch als das Elend der beiden Arbeitslosen ist das armenliche, hohle Lachen dieses grunzenden Pelzmantels. Der lebt in abgrundtiefer Finsternis, trotz seines Pelzmantels. Harald Spitzer.

# Nathan Gurdus: Mordtechnik

Wenn die Technik etwas Neues erfindet, dann erschaffen Wissenschaftler über die Welt. Jede kleinste Erfindung wird groß der Dessenlichkeit erklärt. Nur ein Zweig der Technik arbeitet im stillen. Von der Arbeit dieser Techniker hört die Dessenlichkeit nichts, und erst wenn die Kanonen dröhnen und in irgendeinem Lande der Flussstrom des Krieges fließt, dann erst merkt die Menschheit, was alles die Technik der Kriegsindustrie neu erfunden hat...

In jedem Lande gibt es genügend Paragraphen, um Neugierigen, die die Kriegsindustrie erfindet, vor der Dessenlichkeit geheimzuhalten. Die Arbeit der Herren Kriegsindustriellen blüht auch im stillen, oder nur im stillen, und wozu soll man den „Kälbern“, die man für ein neues Schloß bestimmen will, die „Anlagen des Schlachthaus“ zeigen?

Manchmal aber wird der undurchsichtige Vorhang vor der Kriegsindustrie etwas gelüftet. Manchmal gelingt ein Blick hinter die Aulassen der Uniformen, und dann steht man einen Teil, wenn auch nur einen winzigen Teil des Fortschrittes in der Technik des Massenworfes.

Die Chitagor Banditen sind treue Schüler des Mars. Zwar stehen ihnen nicht wie den Herren Generalsblötern die neuen großen Mordwerkzeuge zur Verfügung. Die Banditen haben keine feuergefährlichen schweren Bombenflugzeuge oder Tanks, die nur mit Gasgranaten schießen und innerhalb einer Stunde eine Großstadt in einen Riesentriedhof verwandeln können, aber in der letzten Waffe haben die Herren Banditen vieles von den Armees gelernt! Wenn die Banditen Chitagos einen Verdienst überhaupt haben, so ist es der, daß sie der Menschheit an grauenhaftesten Beispielen zeigen, was die Kriegsindustrie alles seit dem großen Bälternorden neu erfunden hat. Aber wohlbedenkt, die Banden Capones sind nur Anfangsschüler von Mars, denn da sie nur ein Detail arbeiten, brauchen sie nur die leichteren Erzeugnisse der Industrie des Nordes.

Der Polizeipräsident Chitagos hat jetzt anlässlich des Jahreswechsels dem Innenministerium der Vereinigten Staaten einen Bericht über den Banditenkampf im Jahre 1931 erstattet. Ein besonderes Kapitel in diesem Bericht beschäftigt sich mit den Waffen der Banditenbanden. Die Banditen gebrauchen die modernsten Mordwerkzeuge der Armees. Die Polizei steht oft machtlos gegenüber dieser Technik. So z. B. bei folgendem Fall: Ein Banditenführer sollte von einer anderen Bande ermordet werden. In seiner Wohnung im Hinterhof eines Hauses sah er abends mit seiner Familie wie ein ehrbarer Bürger der USA. am Tisch. Da auf

einmal splitterte eine Fensterjalousie... Der Banditenkönig, seine Söhne und sein Adjutant griffen zum Revolver. Aber kein Schuß ertönte, nur ein leises Klischen kam vom zerfallenen Fenster. Die Revolver sanken den Banditen aus den Händen. Alle Anwesenden rennten zum Hals, stöhnten und lachten hin. Einer wollte zur Tür stürzen, und schon wälzte er sich in Krämpfen auf dem Boden. Einige Minuten nur dauerte das grauenhafte Schauspiel, dann waren alle Anwesenden tot. Die anderen Fenster wurden eingeschlagen von den Tätern, und ein dünner gelber Rauch zog aus dem Zimmer und verfloß auf der Straße. Als die Polizei erschien, zeigten nur noch die zerbrochenen Fenster von der Ermordung. Man hätte sonst meinen können, der Tod wäre durch Vergiftung des Essens erfolgt. Wochenlang zerbrachen sich Detektive, Aerzte und Wissenschaftler den Kopf darüber, wie der Nord und mit welcher Waffe er gelassen sei. Die Polizei war ratlos. Da kam man auf die Idee, einen chemischen Sachverständigen der Armees hinzuzuziehen. Der Mann von der Kriegsindustrie studierte den Fall und stellte fest: die Ermordung war mit einem der neuen Gasgewehre der amerikanischen Armees und dem furchtbaren neuen Gas geschehen...

Wochenlang diskutierten man in USA darüber, wer die Mörder seien. Niemand sprach über das Gasgewehr und das neuerfundene furchtbare Gas. Nur ein kleines Blatt in Chicago erwähnte, daß die amerikanische Armees mit dieser neuen Waffe sehr gut versehen ist.

Oder folgendes: Bei einem Straßenkampf gegen Banditen setzte die Chitagor Polizei Panzerwagen ein. Die Banditen schossen mit besonderen Maschinengewehren nach den Panzerwagen, und siehe da, die Stahlmände bekamen Löcher und durch die Panzerplatten wurden Polizeibeamte verwundet! Nächsten Tag meldete der Armeesachverständige, die Banditen hätten mit den neuen Maschinengewehren der Armees geschossen, die mit neuartigen Dynamitpatronen geladen waren. Auch eine Neuerfindung der Kriegsindustrie, die leichten Panzerwagen illusorisch macht. Solche Beispiele lassen sich bis in das Hundertjahr aufzählen. Erfindungen über Erfindungen. Und doch alles nur ein Bruchteil der neuen Werkzeuge des Nordes. Bei jedem Straßenkampf mit Banditen, bei dem neuartige Waffen verwendet werden, erscheinen jetzt in USA immer Sachverständige der Kriegsindustrie. Sie wollen an Hand der Opfer die Wirkung ihrer „genialen“ Erfindungen sehen. Die größeren Objekte hebt man für das große Geschäft in irgendeinem Teil der Welt auf...



## Butterzoll und Volkswirtschaft.

### Die Grüne Front gefährdet auch die Landwirtschaft mit ihren Forderungen.

Die Grüne Front hat wieder einmal proklamatorisch ihre Meinung zur Lage der Landwirtschaft geäußert. In tuzlichtiger Weise und, was noch schlimmer ist, unter völliger Aufgabe jeglichen eigenen Strebens nach Besserung der Zustände, werden sämtliche Hilfsaktionen, die der Staat bisher für die Landwirtschaft geleistet hat, für zwecklos erklärt, wenn nicht die Preise für die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft erhöht werden. Daß die Getreidepreise ungewöhnlich günstig sind, wird verschwiegen. Ohne Rücksicht auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft stellt die Grüne Front ihre Forderungen auf; eine gesamtwirtschaftliche Rechtfertigung der Forderungen war gar nicht versucht.

Ebenso hemmungslos hat der Deutsche Landwirtschaftsrat ein Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in dem behauptet wird, daß die Buttereinfuhr außerordentlich gestiegen sei und deswegen der Butterzoll erhöht werden müsse. Ein Blick in die Statistik genügt aber schon, um zu sehen, daß

die Buttereinfuhr in den ersten elf Monaten 1931 nur 90 000 Tonnen, in der gleichen Zeit des Vorjahres dagegen 123 000 Tonnen betrug, und daß die Einfuhr sich also um 27 Proz. verringert hat.

Da die Reichsregierung durch den Mund des Reichsernährungsministers am Montag durch den Rundfunk verkündete, daß eine grundsätzliche Umstellung der Handelspolitik wahrscheinlich sei, und da die Butterzölle geradezu eine Schlüsselstellung in der Handelspolitik einnehmen, ist eine Auseinandersetzung notwendig.

Durch die ständig sinkende Kaufkraft der Verbraucher, vor allem der Industriearbeiter, sind die Butterpreise nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern seit 1929 ständig gefallen. In Berlin lagen sie Anfang Januar vorigen Jahres noch über 130 M., Anfang Januar dieses Jahres dagegen nur wenig über 100 M. Die Grüne Front fordert nun eine Erhöhung des Butterzolles von 50 auf 130 M., und Herr Schiele schlägt sich diesen Forderungen an, wenn auch vielleicht nicht in ihrer vollen Höhe. Hierbei kommt ihm die vom Goldstandard losgelöste dänische Währung zu Hilfe, so daß die Butterzollerhöhung mit einem Schutz vor dem Balutadumping allen noch Widerstrebenden schmackhaft gemacht werden soll.

Es ist aber irreführend, wenn eine Zollerhöhung von 50 auf 130 M. mit der dänischen Balutaentwertung begründet wird. Die dänische und die schwedische Währung haben 30 Proz. ihres Wertes verloren, die geforderte Zollerhöhung beträgt aber 160 Proz. Von einem Baluta ausgleich kann also keine Rede sein. Es handelt sich um die Einführung eines Schutzzolles, der jede Einfuhr unmöglich machen soll.

Niemand wird die jetzigen Butterpreise für zu hoch ansehen und eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Betriebe nicht wünschen. Ein Blick auf den Index genügt, um sich zu überzeugen, wie günstig durch die Agrarpolitik der Regierung die Lage der am Getreidenekauf hauptsächlich interessierten landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber den Teilen der Landwirtschaft ist, die vor allem Vieh und tierische Erzeugnisse verkaufen. Der Bauer muß immer noch für den Agrarier leiden. Der Index für pflanzliche Nahrungsmittel steht auf 112,7, dagegen der für Vieherzeugnisse auf 95,7 und der für Vieh auf 80,2.

Dennoch muß jeder, der sich noch einen offenen Blick für die Folgen bewahrt hat, die aus einer neuen Preiserhöhung für Molkereierzeugnisse entstehen werden, dringend die Reichsregierung warnen, in Verkennung der Abnahmefähigkeiten eine Preiserhöhung für Butter durch eine Zollerhöhung erzwingen zu wollen.

Das Gesamteinkommen an Löhnen und Gehältern betrug im Jahre 1928 45 1/2 Milliarden, dagegen ist es von Stegerwald für das Jahr 1931 auf 28 Milliarden geschätzt worden. Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabbau haben einen Rückgang des Einkommens der wichtigsten Verbraucherschichten um 28 Proz. bewirkt. Durch die Erhöhung der Arbeitslosenziffern in diesem Winter und durch den erneuten Lohnabbau wird das Einkommen aus Lohn und Gehalt in diesem Jahre noch um einige weitere

Milliarden fallen. Jede Butterverteuerung schlägt aber auch den Preislenkungsabsichten der Notverordnung ins Gesicht.

Butter ist außerdem eines derjenigen Nahrungsmittel, die am leichtesten durch billigere Fette ersetzt werden können. Jede Preissteigerung für Butter ohne gleichzeitige Steigerung des Einkommens der Verbraucher muß also zu einem Rückgang des Konsums führen.

Aus der Molkereistatistik geht hervor, daß der Butterabsatz der Berliner Molkereien bereits in den Monaten April bis August 1931 um 9 Proz. niedriger war als in den gleichen Monaten des Vorjahres. In den Hansestädten fiel der Butterabsatz sogar um 16 Proz. Auch ist es eine Illusion zu glauben, daß durch eine Beseitigung der ausländischen Buttereinfuhren die Lage der deutschen Milchwirtschaft nachhaltig gebessert werden kann.

Wohl würde zunächst durch die Verringerung des Angebots eine Preissteigerung eintreten; ihr wären aber sehr enge Grenzen durch die niedrige Kaufkraft der Verbraucher gesetzt. Ein Blick auf den Fleischmarkt, der allein von der deutschen Landwirtschaft beliefert wird, genügt, um zu erkennen, daß heute die Kaufkraft der Verbraucher den Preis bestimmt. Die Fleischpreise sind so niedrig wie kaum zuvor, obwohl keine irgendwie beträchtlichen Mengen vom Ausland hereinkommen.

Durch eine Zollerhöhung, die jegliche Einfuhr verhindert, ist also keine wirkliche Besserung der Lage der deutschen Milchwirtschaft zu erreichen. Diese ist nur möglich durch eine Hebung der Kaufkraft und durch eine Verbilligung der Futtermittel. Zwar sind außer Mele sämtliche Kraftfuttermittel, die für die Milcherzeugung in Frage kommen, zollfrei, so daß durch eine Verbilligung des Futtergetreides direkt nicht der Milchwirtschaft geholfen werden kann. Steigt die Rentabilität der gesamten Viehmast, so werden aber hierdurch indirekt auch die Produktionskosten der Milchwirtschaft ermäßigt. Deshalb ist die sozialdemokratische Forderung nach Erleichterung der Futtergetreide-einfuhr indirekt auch eine Hilfe für die Milchwirtschaft.

Daß sich die Grüne Front keine Gedanken über die Folgen einer gewaltsamen Abschmürung der Buttereinfuhr macht, ist vielleicht verständlich, zeugt aber für ihre wirtschaftsgeopolitische Kurzsichtigkeit. Die Reichsregierung hat aber einen größeren Aufgabenkreis und darf die

### Zusammenhänge zwischen Butterzoll und allgemeiner Volkswirtschaft

nicht übersehen. Die deutsche Buttereinfuhr beträgt 3 Proz. der gesamten Einfuhr. Die Länder, die 90 Proz. der deutschen Buttereinfuhr liefern, also Dänemark, Holland, Schweden, Rußland und die Randstaaten, führten 1930 zwar für 1780 Millionen Mark Waren nach Deutschland ein, tauschten aber für 3150 Millionen deutsche Industriewaren. Nur zu einem Sechstel waren sie an der Geländeeinfuhr beteiligt, dagegen zu einem Viertel an der Gesamtausfuhr. Wenn sich auch inzwischen der Außenhandelsumsatz verringert hat, das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr ist gleich geblieben.

Die Folge einer gewaltsamen Abdrosselung der Buttereinfuhr würde bedeuten, daß man diese Länder zwingt, ihre Einfuhrwaren nicht mehr in Deutschland, sondern in anderen Ländern zu kaufen. Jede Verhinderung der Buttereinfuhr heißt also zwangsläufig weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Wenn aber mit der Erhöhung der Arbeitslosigkeit die inländische Kaufkraft noch weiter gesenkt wird, so beantwortet sich die Frage von selbst, ob der Absatz der deutschen Landwirtschaft durch eine Einfuhrdrosselung erhöht werden kann. Jede Erhaltung der Kaufkraft der industriellen Arbeiterschaft kommt der Landwirtschaft zugute: in der Zeit, in der die Kaufkraft der Massen um 28 Proz. gesunken ist, verringerte sich das Einkommen der Landwirtschaft ebenfalls um 27 Proz. Jede weitere Kaufkraftdrosselung bei den Massen muß auch die Lage der Bauern verschlechtern.

Die Landwirtschaft ist daher von ihren eigenen Führern schlecht beraten, wenn sie sich um eines augenblicklichen Scheinmottels willen dazu bestimmen läßt, jetzt eine Sperrung gegen die Buttereinfuhr zu fordern.

## 6,2 Milliarden Mark!

### Englands Einfuhrüberschuss im Jahre des Pfundsturzes

Das englische Handelsministerium hat das Gesamtergebnis des britischen Außenhandels im letzten Jahre veröffentlicht. Die Einfuhr betrug 1931 insgesamt 862,1 Millionen Pfund Sterling, was einen Rückgang gegenüber 1930 von rund 17,3 Proz. ausmacht. Demgegenüber belief sich der Wert der britischen Warenausfuhr auf nur 381,9 Millionen Pfund. Die Ausfuhr ist im Vergleich mit dem Vorjahr fast doppelt so stark wie die Einfuhr gesunken, nämlich um mehr als 31 Proz. Die Passivität der englischen Handelsbilanz, also der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, beläuft sich auf 473 Millionen Pfund, was bei dem heutigen Stand des englischen Pfundes einem Wert von rund 6,2 Milliarden Goldmark entspricht.

In den Zahlen für den Monat Dezember spiegeln sich die im November 1931 in Kraft gesetzten hohen Schutzzölle wider. So verringerte sich die Einfuhr gegenüber dem November ziemlich erheblich um 6,2 auf 77 Millionen Pfund. Freilich enthielt die erste Novemberhälfte noch starke Voreindellungen durch die englischen Importeure. Für die englischen Exportindustrien, die von der Pfundabwertung eine schnelle Ausfuhrsteigerung erwartet haben, bieten die Dezemberergebnisse eine neue Enttäuschung. Mit rund 32 Millionen Pfund hat sich der Ausfuhrwert gegen den Vormonat nur um den ganz geringen Betrag von 213 000 Pfund erhöht.

Es zeigt sich also im vierten Monat nach der Aufhebung des Goldstandards in Großbritannien, daß man sowohl in England als auch in den anderen Ländern übertriebene handelspolitische Befürchtungen an die Entwertung (Devaluation) des Pfundes geknüpft hat.

## Rapides Sinken der Obsteinfuhr.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat auf eine Anfrage über die Höhe der Obsteinfuhr Mitteilungen gemacht, die die Haltlosigkeit der Interessentklagen wegen zu hoher Obsteinfuhr nach Deutschland beweisen. So ist der Import ausländischer Früchte seit September 1931 im Vergleich mit dem Vorjahr ganz erheblich gesunken, im Oktober z. B. fast um die Hälfte. Das gleiche gilt für Südfrüchte, insbesondere für Bananen, deren Einfuhr seit dem Juli vorigen Jahres eine ständig fallende Tendenz aufweist.

## Wirtschaftsabotage.

### Die Goldklausel. — Die Textilindustrie prozodiert

Der von der Industrie heraufbeschworene Konflikt mit dem Warenhausverband in der Frage der Goldklausel hat sich jetzt ungemein verschärft.

Die Schuld an der Zuspitzung fällt auf ein geradezu unglücklich provokatorisches Vorgehen der Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die Textilindustrie verweigert sich jetzt, wo man nach den letzten Erklärungen des Reichsverbandes auf ein Entkommen und auf eine Verständigung hoffen konnte, zu Drohungen, die der Warenhausverband in einer Gegenerklärung mit Recht als fast erpresserisch bezeichnet. Die Textilindustrie kündigt nicht mehr und nicht weniger an als Kreditdrosselung bei ihren Abnehmern, Stillelegungen und Arbeiterentlassungen. Sie erklärt ferner, daß ihren Mitgliedern das Recht gewahrt bleiben müsse, sich in der Frage der Rechnungsabstellung nach ihrem eigenen Belieben zu verhalten. (!) Die Herren Textilindustriellen pfeifen also auf das Urteil des Kartellgerichts.

Wenn der Warenhausverband gegen diese neue Provokation der industriellen Lieferanten auf das schärfste Stellung nimmt, wird er die Deffektivität weitestgehend auf seiner Seite haben. Gilt doch der ganze Kampf gegen die Goldklausel einzig und allein der Tendenz, daß sich bestimmte Industriezweige im Falle eines Währungsstutches von vornherein sichern wollen. Inzwischen hat das Kartellgericht, das den Boykott des Warenhausverbandes gegen verschiedene Industriezweige, die von der Goldklausel nicht ablassen wollten, bereits vor einigen Wochen als zu Recht anerkannt hat, weiteren Sperranträgen des Warenhausverbandes stattgegeben. In der Begründung des Kartellgerichts heißt es mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die Fakturierung (Rechnungsausstellung) mit Gold- oder sonstigen Wertversicherungsklauseln nach Lage der Verhältnisse geeignet ist, weitgehend Mißtrauen in die Sicherheit der Währung hervorzurufen und zu verbreiten. — Wie wir hören, will das Reichswirtschaftsministerium jetzt in den Konflikt eingreifen und zwischen den Parteien vermitteln.

## „Priester des goldenen Kalbes.“

### Unliebenwürdige Konkurrenz in der Lebensversicherung.

Ein schon lange unter der Decke schwelender Konflikt in der privaten Lebensversicherung ist jetzt zu offenem Ausbruch gekommen. Zu dem Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften gehörte bisher auch die „Deutscher Ring, Lebensversicherungs-A.G.“, die sich zur Aufgabe gestellt hat, neue Gedanken „auf nationaler und sozialer Basis“ in das Versicherungsgeschäft hineinzutragen.

Diese neuen Gedanken sahen zunächst so aus, daß die Gesellschaft ihr Geschäft politisch aufzog, mit der nationalsozialistischen Partei und den Stahlhelmen ein Vertragsverhältnis einging und den politischen Jargon der Nazis in ihre Propagandamethoden aufnahm. So arbeiteten die Agenten der Deutschen Ring-A.G. mit dem Schlagwort „der Sammlung christlichen Kapitals in nationalen Händen“, prangerten die Geschäftspolitik der Konkurrenz an, daß sie auf „unmoralischen“ Grundlagen beruhe, daß ihre Direktoren und Aktionäre „Priester des goldenen Kalbes“ seien, und andere Schmehselen mehr.

Nun haben zwar die privatrechtlichen Lebensversicherungs-

## Neue Bausparkassen-Zusammenbrüche.

### Deffentliche Kontrolle muß stärker wirksam werden.

Nachdem 15 Bausparkassen bereits seit dem 1. November 1931 das Recht, ihren Geschäftsbetrieb weiterzuführen, verloren haben, Ende Dezember weiteren sechs Kassen die Fortführung der Geschäfte unterlagt und für fünf Kassen die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt wurde, werden jetzt neue Zahlungsschwierigkeiten bekannt. Die Nürnberger Bauspar-G. m. b. H., Nürnberg, mit nahezu 4000 Bausparern, die größtenteils unter der süddeutschen Landbesiedlung geworden wurden, ist in Liquidation getreten. Die Braunschweig-Hannoversche Bausparkasse G. m. b. H., Braunschweig, und „Die Hilfe“, Allgemeine Bauspar- und Entschuldungskasse G. m. b. H., Osnabrück, sind ebenfalls zusammengebrochen. Die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft Lübeck, die der Bauwirt-Ring A. G. Bremen angeschlossen ist, einem jogenannten zinslosen, mit nationalsozialistischen Phrasen arbeitenden Unternehmen, ist durch unzulässige feste Darlehenszusagen in Schwierigkeiten geraten. Die Hag, Eigenheim- und Hypotheken A. G. in Hamburg mit etwa 1200 Sparern, die in engster Verbindung mit der jetzt zusammengebrochenen Hausmaklerfirma Berberich stand und mit Geldern der kleinen Bausparer die Ablösung von Hypotheken auf Mietzinshäusern finanzierte, hat ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Mit den Ver-

fehlungen der Geschäftsleitung beschäftigt sich bereits die Kriminalpolizei.

Es ist dringend zu wünschen, daß das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung seine Revisionsarbeiten bei gefährdeten Bausparkassen beschleunigt weiterführt und vor allem seine Zurückhaltung bei Veröffentlichungen aufgibt. Bis heute sind die 15 Kassen, denen seit Anfang November der Geschäftsbetrieb untersagt ist, noch nicht öffentlich genannt worden. Einige von ihnen haben noch im Dezember durch Rundschreiben neue Sparer angeworben. Ein Senatsbeschluss des Reichsaufsichtsamts, der die Bausparkassen verpflichtet, feste Darlehenszusagen in der Bilanz zu passivieren, ist bisher nicht bekanntgegeben worden. In der Deffentlichkeit stark hervorgetretene, als unsolide bekannte Bausparbanken mühten auf Grund dieser Entscheidung in Konkurs gehen. Sie versuchen jedoch jetzt noch, mit Baugenossenschaften Verträge abzuschließen, in denen die Auszahlung von Millionendarlehen zugesichert wird. Eine verbesserte Publizität der Aufsichtsbehörden verhindert zumindest, daß notorisch unsolide Unternehmen neue Bausparer anwerben.

Um die Sparer der zusammengebrochenen Bausparkassen, denen bald noch zahlreiche Insolvenzen folgen dürften, vor weiteren Verlusten zu bewahren, ist u. E. die Gründung einer unter öffentlichem Einfluß stehenden Liquidationsstelle, der die Verwaltung der Restvermögensbestände übertragen werden müßte, dringend geboten.

Finanz- und Wirtschaftswissenschaften:  
FACHINGER

FACHINGER





